

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Gauß, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Hermann Schramm, Magdeburg. Druck von Franz Schreyer, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 48. Redaktion: Breitestraße 89-90, 8 Treppen. Fernsprecher 1567.

Veränderungsnummer des Abonnementpreises: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis band in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und den Postämtern des Reichs 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 Mk. Einmalige Nummern (einschl. der Monatsbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. In der Expedition für die fünfgepaltenen Beilagen 15 Pf. Post-Rettungsschein Nr. 1828

Nr. 10.

Magdeburg, Sonnabend, den 13. Januar 1900.

11. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Des Reiches Sozialpolitik.

Fortsetzung.

Der Reichstag war heute recht, recht schwach besetzt. Wunder freilich nahm das niemand. Im preussischen Abgeordnetenhaus ging eine große Haupt- und Staatsaktion zu Scene; dort fand der längst eingeläutete Sturm der konservativen Interpellation auf das Ministerium Hohenlohe statt. Da zogen es natürlich viele Reichstagsabgeordnete, selbst wenn sie nicht im glücklichen Besitze eines Doppelmandates sich befinden, vor, einem bewegten Schauspiel beizuwohnen als den nüchternen, wenn auch nichts weniger denn unwichtigen Verhandlungen über den Etat des Reichs amts des Innern mit der gebührenden Aufmerksamkeit zu folgen. Die heutige Debatte im Reichstage trug noch ausgeprägter als die gestrige einen sozialpolitischen Charakter. Als erster Redner des Tages gab unser Fraktionsgenosse, der Bergmann und Abgeordnete Sachsse, eine wertvolle Ergänzung seiner großen Rede vom 29. November vorigen Jahres und hielt gleichzeitig Abrechnung mit dem nationalliberalen Bergwerkmagnaten Hilbert ab. Vergebens suchte dieser Sachsse's Ausführungen zu entkräften, indem er sich hinter die verlegene Ausflucht verschänzte, Sachsse habe die Statistik falsch gehandhabt. In ähnlichem Sinne äußerte sich der Geheimrat Freund, welcher die Forderung, auf je 2000 Bergarbeiter einen Arbeiterdelegierten als Assistenten des Inspektors anzustellen, als „ganz undurchführbar“ bezeichnete, wobei er sich auf die Autorität des Herrn Bresfeld berief.

Ueber die menschenfreundliche Art und Weise, wie die Seeberufsgenossenschaft „ihren“ Arbeitern die Renten zu kürzen bezw. zu entziehen sucht, sprach von unserer Seite Hg. Molkenbühr, wohl der beste Kenner der einschlägigen Verhältnisse, den der Reichstag in seiner Mitte hat; sehr wirksam war seine Mitteilung, daß das Bureau der Genossenschaft gleichzeitig das Centralbureau der Flottensagitation sei. Die Antwort des Direktors v. Wödlke bewies, daß die Herren gegenüber dem steten Andrängen unserer Fraktion doch etwas mürbe geworden sind. Was er sonst vorbrachte, kennt man ja; ohne die angeführten Fälle zu bestreiten, behauptete er, dieselben seien eben Ausnahmefälle; in ganz ähnlicher Weise operierte der sächsische Geheimrat Fischer bei seinem verunglückten Versuche, die sächsische Berginspektion gegen die Angriffe Sachsse in Schutz zu nehmen. Die Berechtigung der Klagen Molkenbührs über das Verfahren der Seeberufsgenossenschaft erkannte der freisinnige Vereinigungsmann Schrader an. Der gleichzeitig ein Reichswohngesetz in Anregung brachte.

Das Lied vom Mittelstande sangen Dr. Dertel von der Rechten und Koeren vom Centrum; der erstere profelte über Börsenreform, der zweite über den unläuteren Wettbewerb. In der gezielten Art, die ihm eigen ist, sprach Dr. Pachnicke über Sozialpolitik, er brachte manches vor, was sehr bemerkenswert war; aber bei der Beurteilung der Wiedereinverordnung brach doch der Manchestermann wieder durch; auch ließ sich der Herr von der Rickertgruppe durch seinen Hang zur Schindrederei und Schönfärberei verleiten, alles im rosigen Lichte zu sehen. Hoffentlich ist sein Optimismus ein wenig gedämpft worden, wenn er mit einiger Aufmerksamkeit den Ausführungen des nun folgenden Redners, unseres Parteigenossen Rosenow, gefolgt ist, der mit der Neuerhebung der alten Forderung der Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie eine packende Schilderung des Arbeiterelendes in diesem Ernährungsgebiete zu verbinden mußte. Dr. Hise vom Centrum zeigte einmal wieder, wie selbst in den sozialpolitisch vorgeschrittensten Mitgliedern seiner Partei der Partikularist stärker als der Sozialreformer ist: von einer Reichsgewerbeinspektion will er nichts wissen. Der Verlespische Geheimrat, von dem gestern die Rede gewesen, wurde heute aufs neue von unserem Fraktionsredner Hoch vorgebracht, der außerdem die Frage des Bauarbeiterschutzes zur Sprache brachte. Posadowsky stellt einen demnächst erscheinenden Erlaß über diesen Gegenstand in Aussicht, auf dessen Inhalt man gespannt sein darf. Nachdem sich am Schluß noch einmal eine Bergarbeiterdebatte entsponnen hatte, wurde um 5½ Uhr die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr vertagt. (Platzmangels halber mußte der ausführliche Bericht zurückgestellt werden zur morgigen Nummer.)

Der Angriff der Kanalrebellin.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde heute die Interpellation verhandelt, welche beide konservativen Parteien in Sachen der mächtigsten bekannten Maßregelung der Kanalgegner an die Staatsregierung zu richten be liebten.

Vor vollem Hause und vor überfüllten Tribünen ging das große Spektakelstück in Scene. Zunächst ergriff als Sprecher des „Chors der Landräte“ der früherere langjährige Präsident des Hauses, der ältere Bruder des faßsam bekannten Exministers des Innern und jetzigen Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, Herr von Köller, das Wort. Derselbe bestritt auf das energischste, daß die Maßregelung der kanalfeindlichen Landräte usw. mit Sinn und Wortlaut der Verfassung in Einklang zu bringen ist: kurzum, er stellte sich ganz auf den Standpunkt, den auch wir eingenommen haben. Im den Heldenmut der Konservativen in der leuchtendsten Historie erscheinen zu lassen, beschwor er die Geister der berühmtesten Führer des preussischen Liberalismus und der preussischen Demokratie aus dem Grabe: Johann Jacoby und Leo Waldeck sollen von nun an aus ätherischen Höhen auf die Konservativen als die Erben des — Mannes stolzes vor Königs thronen herabschauen. Einen Namen vergaß Herr von Köller zu erwähnen: von dem in der Konfliktzeit unter dem brüllenden Jubelgeheul der Junkerrothe wegen seiner Haltung im Abgeordnetenhaus gemäßigten Herrn v. Bodum-Dolffs sprach er nicht, wenn er gleich nicht verhindern konnte, daß von anderer Seite nachher der Name dieses alten Westfalen in die Debatte gezogen wurde. Den Schluß der köllerischen Rede bildete eine im Sirenton gehaltene Aufforderung an die Regierung, sich dem „Willen des Landes“, will heißen der Starrköpfigkeit der ostelbischen Junker zu fügen und die Kanalvorlage zurückzuziehen. Die stereotypische Beteuerung, daß die Junker „Königstreue bis auf die Knochen“ und der nicht minder häufig wiederkehrende Wink mit dem Zaunpfahl an die Regierung, ihre „treueste Stütze“, d. h. die Konservativen, nicht von sich zu stoßen, fehlten natürlich in der Köllerrede nicht.

Nun war die Reihe an Onkel Chlodwig, Fürst Hohenlohe unterscheidet sich von dem weiland letzten Staatsfürst von England, dem fortgejagten Jakob II., dadurch zu seinem Vorteil, daß dieser ein sehr engherziger, er aber ein sehr weitherziger Katholik ist; heute indessen befolgte er die Methode, welche die seltsame englische Majestät unbehaglichen Einwürfen gegenüber anzuwenden pflegte. Die Konservativen — und nicht nur sie — behaupten, die Beamtenmaßregelung ist verfassungswidrig; nein, sagt der Reichskanzler, sie ist durchaus verfassungsmäßig. Zu einer weisen Begründung bequemten sich Durchlaucht nicht; auch das Lachen der Rechten konnte ihn nicht bewegen, sich auf das Glatteis juristisch-staatsrechtlicher Interpretationen zu begeben.

Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Krause-Königsberg sprach nicht eben ungeschickt. Die Mahnung v. Köllers an die Regierung, die Kanalvorlage zurückzuziehen, verwandelte er in eine solche an die Konservativen, für die selbe zu stimmen. Den Fehler eines Teiles der liberalen Presse, die Beamtenmaßregelungen zu billigen, beging Dr. Krause nicht. Sehr richtig war seine Empfehlung eines Gesetzes, welches die absehbaren Beamten von der passiven Wählbarkeit ausschließen soll, noch richtiger war, was er von der Unfreiheit der Wahlen sagte; aber gerade Dr. Krause hat sich geweigert, bei seiner Wahl das Versprechen abzugeben, für die Umwandlung des abgestuften, indirekten, öffentlichen Wahlverfahrens in das gleiche, direkte und geheime einzutreten, das immerhin etwas mehr Gewähr für die Wahlfreiheit bietet. — Daß eine pathetische Bezeugung der „Königstreue“ der Parteien der Linken des Abgeordnetenhauses in der nationalliberalen Rede nicht fehlte, versteht sich am Rande.

Das ihm eigene Ungeschick in der Verteidigung von Regierungsmaßregeln bewies einmal wieder der Justizminister Schönstedt. Die Disziplinierung der Landräte im Jahre 1899 rechtferdigte er — mit früheren Maßregelungen! Schönstedt war auch, der zuerst an den Fall Bodum-Dolffs erinnerte. Die einzig wirksame Partie der Schönstedtschen Rede war die sogar einer gewissen ironischen Bosheit nicht entbehrende Anspielung auf den Beifall, den die Konservativen stets der Maßregelung — nichtkonservativer, zum Beispiel liberaler Beamten gezollt haben.

Der Expräsident der Seehandlung, Herr von Zedlitz, schlug unerwartet wilde Töne an. Die Frage, ob die Maßregelung verfassungswidrig sei oder nicht, behandelte er als eine offene. — Will er sich vielleicht die goldene Brücke des Rückzugs zur Regierungsrüchigkeit sichern. — Die Zedlitzsche Rede klang in einen begeisterten Lobgesang auf die segenspendende Thätigkeit des ehrfamen Standes der Landräte aus. „D rühret, rühret nicht daran“, rief er der Regierung zu.

Mehrfach war in den Reden von der Privatunterhaltung die Rede gewesen, in die sich am 19. August vorigen Jahres der damalige Polizeiminister von der Recke mit den im glücklichen Besitze eines Abgeordnetenmandates befindlichen Landräten versetzt hatte. Die Aufgabe, seinen unmittelbaren Amtsvorgänger gegen den Bruder von dessen Vor-

gänger zu verteidigen, fiel Herrn von Rheinhaben, dem antirenden Minister des Innern zu, der, nebenbei gesagt, auf einen feudalen Haarsichel kaum minderen Wert denn der von der Recke von der Horst zu legen scheint. Seine Behauptung, daß von einer Androhung oder Aufseherforderung keine Rede gewesen sei, wurde mit einem sehr unehrerbietigen Gelächter aufgenommen. . . .

Der Centrumsabgeordnete Friese konstatierte kurz und bündig das Vorliegen einer Verfassungsverletzung; Abgeordneter Rieck schloß sich dieser Auffassung vollinhaltlich an und geißelte mit verdienster Schärfe die Wahlumtriebe, die sich viele Landräte unter dem Zusehen der Regierung zu schulden kommen lassen. Sein Wunsch, daß dem alsbald anders werden müge, wird freilich wohl noch lange ein frommer bleiben. . . . Auf den Ton des Reichstages Beses: „Ja, Bauer, das ist ganz was anderes!“ war die Rede des Konservativen von Heydebrand gestimmt, welcher unter allgemeinem Schliteln des Kopfes zu keugnen versuchte, daß die Konservativen früher über Beamtenmaßregelungen anders gedacht haben, als heute. Von einem Ausschluß der Landräte aus der Volksvertretung will er natürlich nichts wissen. Nach dem Polen von Jazdzewski ergriff Eugen Richter das Wort — von seinem Platze aus, obwohl ihn die Rechte mit Gewalt auf die Tribüne zwingen wollte. Sein Versuch, die gesamte liberale Presse von dem Vorwurfe des Byzantinismus reinzuwaschen zu wollen, darf als gescheitert betrachtet werden; im übrigen fehlte es seinen Ausführungen weder an kernigen Wigen noch an treffenden Aeußerungen, noch an packenden Stellen. Richters Hauptverdienst aber war, daß er Herrn v. Miquel bewog, sich über die Sache zu äußern. Freilich — das Verdienst wird stark beeinträchtigt — aber nicht durch Richters Schuld — durch das, was Herr v. Miquel sagte. Das war nämlich sehr, sehr wenig. Der Finanzminister erklärte sich für solidarisches mit seinen Kollegen, gleichzeitig ließ er aber durchblicken, daß er im Grunde seines Herzens die Maßregelung mißbilligt. . . . nun, es mag ja gut sein, stets zwei Spieße im Feuer zu haben, wenns auch manchmal bedenklich werden kann. Töne alttestamentarischer Wut fand Ex-Gründer Kardorff, der noch zuletzt zum Worte kam. Er will der Regierung keine Widerungsgründe zubilligen, er kündigt ihr Krieg bis aufs Messer an. Damit war das Schauspiel zu Ende. Eine Resolution ist nicht gefaßt worden; vorläufig ist also die Sache ausgelaufen, wie das Hornberger Schießen. — Aber doch nur vorläufig? —

Unser M.-Korrespondent berichtet uns über die Sitzung wie folgt:

Abgeordnetenhause.

3. Sitzung. Donnerstag, 11. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Fürst Hohenlohe, Dr. v. Miquel, Schönstedt, Dr. Schuß.

Auf der Tagesordnung steht die folgende Interpellation des Hg. Krendt u. Gen. (Konf.):

„Zunächst erachtet die königliche Staatsregierung die im vorigen Sommer im Anschluß an die Abstimmung dritter Lesung über die Kanalvorlage gegenüber einer Anzahl von Staatsbeamten von ihr getroffenen dienstlichen Maßnahmen im Einklang mit den Vorschriften des Artikel 83 und 84 der Verfassung?“

Ministrepräsident Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe erklärt sich bereit die Interpellation sofort zu beantworten. Zur Begründung derselben vertritt zunächst

Die Anfrage der Kanalrebellin

Hg. v. Köller (Konf.): Die Kanalvorlage war eine reine Frage des Verkehrs, der Technik und der Finanzen. Sie war nur als eine solche zu behandeln. Die Rechte hatte alles Vertrauen zu den Kanalbauten verloren. Sie konnte nicht für die Vorlage stimmen. Als dies immer deutlicher hervortrat und das Scheitern der Vorlage in Aussicht stand, da ließ sich die Regierung zu einer Reihe von Maßnahmen verleiten, die große Bedenken einflößen mußten. Zunächst verlas der Reichskanzler hier eine Erklärung, die als eine Drohung aufgefaßt werden konnte, daß die Abstimmung auf die Gestaltung des Handelsvertrages zurückwirken müsse. Dann ließ vor der entscheidenden Abstimmung der Minister des Innern die beamteten Abgeordneten zu sich einbieten und verlas ihnen eine neue Erklärung, deren Inhalt hier mitzutheilen das Amtsgeheimnis verbietet, die aber an den 3. 11. hinausläßt: Stimmt für den Kanal, sonst werden die schärfsten Maßregeln gegen Euch getroffen werden. Als ob es sich nicht um ernste Männer gehandelt hätte, die sich auch durch die Androhung von Nachteilen von ihrer Ueberzeugung nicht abbringen lassen. Man mag vielleicht einwenden, der Minister habe nicht anders gekonnt, das Staatsministerium habe so beschloffen gehabt. Dann aber hätte der Minister des Innern sagen müssen: das mache ich nicht mit, ich bitte um meine Entlassung. (Beifall rechts.) Und nach der Abstimmung folgte dann die Maßregelung auf Grund des Disziplinargesetzes. Dieses Gesetz ist aber nach Emanation der Verfassung, in welcher Klipp und klar gesagt ist, daß kein Abgeordneter wegen seiner Abstimmung zur Rechenschaft gezogen werden dürfe. Jenes Gesetz kann die Verfassung nicht geändert haben, denn es ist nicht in der verfassungsmäßigen Form, nicht als Verfassungsänderung mit zweifacher Abstimmung verabschiedet worden. Die Maßnahmen, die auf Grund jenes Gesetzes in diesem Falle getroffen sind, stehen mit dem Wortlaut und Sinn der Verfassung nicht im Einklang.

Die Wirkung im Lande.

Sie können im Lande nur Erbitterung schaffen, ohne an der Sache selbst etwas zu ändern. Denn wenn es zu Neuwahlen kommt,

so werden sich die Wähler sagen: was sind Überzeugungstreue Männer, die verdienen unser Vertrauen, die wählen wir wieder. (Beifall rechts.) Was haben jene Männer aber gethan? — Sie haben das bewiesen, was die liberale Partei von Johann Jacobi bis Walber, von Walber bis Richter stets als Maßstab festgehalten hat, den Männerstolz vor Königsthronen! (Beifall.) Und jetzt, wo die konservative Partei denselben Männerstolz bewiesen hat, soll sie geschickt werden! (Beifall rechts.) Und das blühende liberalen Wähler zum Teil. Da sollten doch die liberalen Wähler dreinschauen und den Bekannten den Kopf waschen, um ihnen klar zu machen, welcher Unterschied besteht zwischen dem Mannen und den Idealen. (Sehr richtig! rechts.)

Konserwativen — Sinne des Staats!

So lange der preussische Staat besteht, haben gerade die Konservativen, haben die Oberbürger sich stets als die festen Stützen desselben bewiesen. Sie haben die Siege des großen Königs erfochten, sie haben das Vaterland von dem Fremden Eroberer befreit. Sie sind es gewesen, die dem König Wilhelm geschossen haben, die Armeen-Organisation durchzuführen. Sie haben sich stets erwiesen als Königstreue bis auf die Knochen! Und eine solche Partei soll sich abschließen lassen wie ein alter Handschuh, und das um eines elenden Kanals willen? — Wir werden immer in erster Reihe stehen, wenn es gilt dem Könige die ihm verlebendeten Rechte zu sichern. Aber wir werden auch weiterhin bei solchen finanziellen Fragen prüfen, ob die geordneten Summen aufbewahrt werden dürfen oder nicht.

Zu der Kanaltvorlage unentwegt!

Wir werden deshalb trotz aller Wahregelungen die Kanalfrage von neuem prüfen und sachlich darüber entscheiden. Wir werden uns auch nicht bedenten, sie zum zweiten Male abzuschließen, nicht als Oberbürger und Vorgesetzte, sondern gemäß den Interessen des Landes. Die Staatsregierung hat ja das Recht, den Kanal zu fordern, sie hat aber, wenn das Haus ihn wieder ablehnt, keinen andern Weg, um ihren Willen zur Geltung zu bringen, als die Aufhebung dieses Hauses. Bei dem großen Widerwillen, der im Lande herrscht, muß sie aber darauf gefaßt sein, daß die Kanalgegner wiedergewählt werden, dann muß sie sich dem Willen des Landes fügen. Was ist denn seine Niederlage, sondern ein Sieg! (Heiterkeit.) Inwieweit, denn der größte Sieg ist der über sich selbst. (Geneute Heiterkeit.)

Dank Eoboldwigs Ansrede.

Reichskanzler Hubst zu **Sachsenhausen**: Die Interpellation betrifft einen Gegenstand, welcher seit dem Schlusse der letzten Session der Gegenstand scharfer Angriffe in der Presse gebildet hat. Die Regierung ergreift daher gern die Gelegenheit, um ihre Stellung zu befestigen. Davon, daß die Maßnahmen gegen die Beamten wegen ihrer Abstammung getroffen seien, kann gar keine Rede sein. (Lachen rechts.) Es handelt sich einfach um eine Maßnahme im Interesse des Dienstes. In der Geltendmachung ihrer Ueberzeugung hier im Hause werden die Betroffenen nicht behindert. (Lachen rechts.) Im Interesse der Autorität der Regierung liegt es, daß sich die Regierung auf die politischen Beamten verlassen kann. Das kann nicht der Fall sein bei Beamten, die die Regierung direkt bekämpfen und dadurch die Autorität der Regierung im Lande beeinträchtigen müssen. Deshalb allein ist die Maßregel getroffen worden, und zwar vorbehaltlich der Verwendung der zur Disposition gestellten Beamten in anderen Stellen. Der Regierung ist es gewiß nicht leicht geworden, auch nur vorübergehend auf die Dienste dieser tüchtigen Männer zu verzichten, aber sie war dazu gezwungen im Interesse ihrer eigenen Autorität nicht nur, sondern auch im Interesse des Landes.

Auf Antrag des Udg. Grafen Limburg-Sturum (lonf.) tritt das Haus in eine Besprechung der Interpellation ein.

Die Nationalliberalen sachlich einverstanden!

Udg. Dr. Krause-Königsberg (natf.): Wohl alle Parteien sind den Interpellationen für ihr Vorgehen dankbar, auch für die Art der Begründung der Interpellation. Einiges Manuskript hätte allerdings von der Rede des Herrn v. Köller fortbleiben können. Was hat hier die Kanalvorlage zu thun? Dieselbe ist unzweifelhaft ein Kulturwert ersten Ranges, und die Konservativen sollten selbst verstehen, ob sie nicht den schönsten Sieg, den über sich selbst erringen und um für die Sache stimmen wollen. (Sehr gut! links.) Was soll ferner die besondere Betonung der Königstreue? — Wir sind hier alle Mann für Mann Königstreue bis auf die Knochen. (Lebhafte Beifall links.) Die Konservativen haben kein Recht, das für sich allein in Anspruch zu nehmen. (Lebhafte Beifall links.) In der Sache selbst bin ich mit dem Udg. v. Köller einer Meinung. Es handelt sich ohne Zweifel um eine disziplinäre Maßregel, die mit der Abstammung über die Kanalvorlage im Zusammenhang steht. Darüber, ob das eine Verfassungsverletzung ist, sind die Auffassungen geteilt, und es dürfte sich Grund vorliegen, Zeitungsredakteure den Kopf zu waschen. Auch in konservativen Organen findet man manchmal Meinungsverschiedenheiten.

Die Maßregelung, ein politischer Fehler.

Aber ich muß vor allem sagen, die Maßregelung der Beamten war ein politischer Fehler. Sie war eine halbe Maßregel und mußte als solche ihr Ziel verfehlen. (Sehr richtig!) Was der Staatsregierung zu dieser Maßnahme geraten hat, das hat ihr einen schlechten Dienst erwiesen. (Sehr richtig! links.) Aber damit ist die Frage keineswegs erledigt. Der Volkstribunal muß sich in jedem Augenblicke bewußt sein, daß es in seiner Entscheidung frei ist nach oben wie nach unten. Zeigen die Abgeordneten unter dem Druck des Bewußtseins, daß der vorgelegte Behörde in jedem Augenblicke gegen sie vorgehen kann, dann besteuere sie jene Freiheit, nicht dieser Konflikt, der sich da ergibt, ist das Bedenklichste an der Sache. (Sehr richtig! links.)

Für den Kanzler auch ein bösen Zustimmung!

Darin wird man dem Reichskanzler zustimmen müssen, daß die Regierung sich auf ihre politischen Beamten verlassen können. Eine strenge Disziplin muß unter allen Umständen unter den Beamten herrschen. Das wird von aller Parteien anerkannt werden.

Keine Wählbarkeit der Beamten.

Deshalb ist schon häufiger die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht richtiger wäre, die Wählbarkeit der politischen Beamten auszusprechen. Von liberaler Seite ist dagegen immer angewendet worden, man dürfe die Wähler in der Auswahl der Beamten nicht behindern. Und dazu lag früher ein Anlaß nicht vor. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit aber wird kein Mensch auf der Linken mehr sagen, daß die politischen Beamten wählbar sein müssen. Gerade der Einfluß dieser Beamten hat oft gezeigt, daß bei den Wahlen weniger die Freiheit der Wähler, als vielmehr deren Unfreiheit von Ausschlag gegeben hat. (Sehr richtig! links.) Auch im Interesse des Dienstes dürfte es nicht gerade liegen, daß diese wichtigen Beamten monatlang aus ihrem Amte ferngehalten werden. Deshalb bejahen denn auch verschiedene Staatsrechtler die Frage, daß es nach der Verfassung zulässig ist, die Wählbarkeit dieser Beamten auszuschließen. Das dürfte auch im Interesse der Regierung liegen. Aber die Verfassung muß unter allen Umständen heilig gehalten werden. Dafür zu sorgen ist nicht nur Sache des Landtags, sondern auch einer starken Regierung. (Lebhafte Beifall.)

Der Justizminister vor die Presse.

Justizminister Dr. Schönfeld: Daß die Verfassung heilig gehalten werden muß, ist auch die Ansicht der Regierung. Dieselbe ist aber auch der Ansicht, daß die von ihr getroffenen Maßnahmen mit der Verfassung nicht im Widerspruch stehen. Auf die nebenher behaupteten Fragen, die politischen Fragen oder Kanaltvorlage gehe ich nicht ein. Wohllich juche Udg. v. Köller eine Verfassungsverletzung insofern zu konstatieren, als das Disziplinargesetz nach der Verfassung erlassen sei. Das ist aber keineswegs der Fall. Jenes Gesetz ist die wirkliche Wiederholung einer Verordnung aus dem Jahre 1849. Gerade die konservative Partei hat in früherer Zeit niemals bestritten, daß die Regierung ein Recht habe, auf dem jetzt beschrittenen Wege vorzugehen, wenn es sich um das Interesse des Dienstes handelt. Sie hat deshalb auch feierlich die Verletzung des Regierungspräsidenten v. Volkmund-Dollfus als Grund jenes Gesetzes gebilligt. (Sehr richtig! links.) Die Regierung muß eben in der Lage sein, politische Beamte, die ihr Vertrauen nicht mehr besitzen, durch andere zu ersetzen, auch wenn sie das Vertrauen verlohren haben durch eine Abstimmung. (Hört! rechts.) Von einer Interpellation wegen dieser Abstimmung kann deshalb nicht die Rede sein. Die Maßregel liegt auch im Interesse der politischen Beamten selbst, die in ihrem Wirkungskreise durch das Be-

trauen der Regierung gestiftet werden müssen. Die Regierung ist sich ebenso bewußt, daß sie vollkommen verfassungsgemäß gehandelt habe. —

Recht! Spruch!

Udg. Frhr. v. Reddy (natf.): Es ist Pflicht des Hauses, alles zu thun, um eine Verletzung der Verfassung zu verhindern. Aber ich glaube, daß die Beamtenmaßregelungen förmlich mit der Verfassung in Einklang gebracht werden können. Aber sie sind unglücklich, politisch unwirksam und schädlich. Fürst Bismarck hat die Autorität der Regierung zu wahren gewußt. Er hat aber nur verlangt, daß die politischen Beamten prinzipiell die Politik der Regierung vertreten. Die Kanaltvorlage war aber keine solche prinzipielle Frage. Wenn ein Beamter in einer solchen wirtschaftlichen Frage von der Regierung abweicht, so ist er deshalb für sein Amt noch lange nicht ungeeignet. Wenn aber für die Verletzung der Wichtigkeit einer Frage die subjektive Würdigung einer bestimmten Stelle maßgebend sein soll, so ist das eine Ueberwindung des monarchischen Geistes. (Hört! hört! links.) Für die Maßregelung der Beamten müssen noch andere Gründe vorgelegt werden, als die geltend gemachten.

Recht! Landratsliebe.

Der Landrat erweitert das Vertrauen der Bevölkerung durch Ehrenhaftigkeit und Charakterfestigkeit. Wenn die Regierung jetzt vielleicht den Versuch machen will, bei der Besetzung der Landratsstellen zuerst auf die Anpassungsfähigkeit der Landräte zu achten, so würde damit der preussische Beamtenkörper aufs schwerste geschädigt werden. (Bravo! rechts.) Die Regierung hat sich ihrer besten Stelle beraubt und nicht den mindesten Erfolg damit gehabt. Ich habe den Eindruck, daß die Krone nicht immer so beraten wird, wie es der Pflicht der verantwortlichen Minister entspricht. (Sehr richtig!) Die Minister sind sich ihrer Verantwortlichkeit nicht immer genügend bewußt. (Sehr richtig! rechts.) Wenn am 19. August 1890 Herr von der Meide sich seiner Verantwortlichkeit besser bewußt geworden wäre, so hätte er nicht nur in seinem und des Landes Interesse, sondern auch in dem des Königs, anders handeln müssen, als er gehandelt hat. (Bravo! rechts.)

Recht! Nachfolger.

Minister Frhr. v. Rheinbaben: Der Herr Abgeordnete v. Köller hat gesagt, mein Amtsvorgänger habe am 19. August die Landräte aus dem Hause zu sich zitiert und ihnen vorgehalten; Stimmt für den Kanal, sonst schreite wir zu den schlußmäßigen Maßregelungen. Ich habe zu erklären, daß mein Amtsvorgänger mir versichert hat, daß er eine berartige Aufforderung und Androhung nicht ausgesprochen hat. (Gelächter.)

Nach vom Centrum sein Zureden!

Udg. Felsen (Centr.): Der Herr Minister hätte sich nicht auf die negative Seite beschränken, sondern positiv sagen sollen, was denn am Morgen des 19. August vorgefallen ist. (Sehr richtig!) Die Wähler müssen selbst entscheiden, ob sie einen Beamten wählen wollen oder nicht. Wir dürfen die Beamten nicht einfach aus den Parlamenten ausschließen. (Sehr richtig im Centrum.) Die Maßregelung der Beamten war gewiß politisch verfehlt und mißbräuchlich. Man hat nichts dadurch erreicht; im Gegenteil, das Ansehen der Verordnungen ist nur gestiegen. Die Beamtenmaßregelungen stehen mit dem Geist der Verfassung in Widerspruch, wenn sie auch förmlich verteidigt werden kann. Es ist doch zweifellos, daß die Landräte allein wegen ihrer Abstammung zur Disposition gestellt worden sind. Das widerspricht den Art. 33 und 54 der Verfassung, dem nach der Landtag widersprechen, ... vertritt er an Ansehen. (Lebhafte Beifall.)

Einiges Äußerliche vom faulenten Helmsch.

Udg. Meier (natf. Vg.): Der Minister des Innern thäte am besten, wenn er das Amtsgeheimnis über die Unterhaltung am 19. August lüften wollte. Die konservative Presse hat den Glauben erwecken wollen, als ob Herr v. Miquel an den Maßregelungen unbeteiligt sei. Ich hoffe, daß er heute hier auftreten und erklären wird, daß er die Verantwortung ebenso zu tragen bereit ist, wie der unglückliche Ministerpräsident. (Große Heiterkeit.) Es kann nicht daran gestritten werden, daß die Maßregelungen mit dem Geist der Verfassung in Widerspruch stehen. Davon ändern keine förmlichen Auslegungsgestaltungs. Das qualitative der Konservativen dazu, daß sie jetzt das konstitutionelle Prinzip vertreten. (Heiterkeit.) Noch in den achtziger Jahren haben sie das nicht gethan. Herr von Köller hat die liberale Presse getadelt. Der Vorwurf ist unberechtigt: die liberale Presse hat die Maßregelungen stets verurteilt. Sie hat nur verlangt, daß den Landräten nicht gestattet werden dürfe, ihren Einfluß zu Gunsten irgend einer politischen Partei zu mißbrauchen. (Beifall links.) Wir haben nach wie vor aus dem Standpunkte, daß politische Beamte nicht wählbar sein dürfen und wir hoffen, daß die Liberalen aller Schattierungen uns darin beistimmen. Nur wenn die Regierung Licht und Schatten gleich verteilt, kann die wahre Meinung des Volkes zum Ausdruck kommen. (Beifall links.)

Ein nochmaliger konservativer Vorschlag.

Udg. Dr. v. Seydewitz (natf.): Meiner Partei ist vorgeworfen worden, sie habe früher über diese Frage anders gedacht als heute. Des ist nicht der Fall. Wir haben es nie gebilligt, daß Beamte wegen ihrer Abstammung als Mitglieder des Landtags gewählbar werden. (Widerpruch links.) Es ist doch ganz etwas anderes, ob ein Beamter sich zu politischen Agitationen hingelassen läßt, sondern nach besten Wissen und Gewissen stimmt. Die Zeiten sind heute ganz andere als früher und das Privilegium, aus der Vergangenheit nichts zu lernen, überlassen wir den anderen Parteien. (Unruhe.) Die Regierung sollte nicht vergessen, daß sie an den Konservativen jederzeit eine Stütze hat. Die Verfassung gewährleistet das Recht der freien Abstammung. Ob dieses Recht gewahrt bleibt, wenn man wegen seiner Abstammung seine Stellung verliert, das ist doch höchst zweifelhaft. Wir sind stolz darauf, in unsere Reihen so charaktervolle, pflichtbewußte und juristische Männer zu finden. (Lebhafte Beifall rechts.) Wie kommt die Regierung dazu, gerade diejenigen Beamten herauszugreifen, die in allen drei Lesungen gegen den Kanal gestimmt haben, aber diejenigen davon auszunehmen, die in der dritten Lesung ausfallen sind. Die Regierung vergißt, daß ihr Disziplinarrecht auch eine Grenze hat, die ihr durch die Verfassung gesetzt ist. Ich würde es für ein großes Unglück halten, wenn Beamte kein Mandat annehmen dürfen, denn es ist ein Segen, im Parlamenten Leute zu haben, die nicht alles vom Parteistandpunkte aus betrachten. Wir sind bereit, die Rechte der Königlichem Gewalt bis zum äußersten zu verteidigen aber die Regierung muß die Grenzen innehalten, die ihr durch die Verfassung gezogen sind. (Beifall rechts.)

Udg. v. Jazdzewski (Natf.):

Die Konservativen haben jetzt vielleicht eher Verständnis für das Gefühl als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Alle Parteien sind einig in der Verurteilung der That der Regierung.

Eugen mit der Geißel.

Udg. Richter (natf. Volksp.): Der Wunsch, die Konservativen ... (Laute Aufre rechts: Auf die Tribüne! Glocke des Präsidenten.)

Präsident v. Köcker: Der Herr Redner hat das Recht, vom Pflanz zu sprechen.

Udg. Richter (fortfahrend): Wollten wir immer nur von der Tribüne aus sprechen, so würden wir nur die Geschäfte selbst sehr erschweren. Ich sage, daß das Vergnügen, die Konservativen konstitutionell sprechen zu hören, so selten ist, daß man es gar nicht genug auskosten kann. Das war doch früher nicht. (Heiterkeit.) Herr von Köller sprach von einer erbärmlichen Kanaltvorlage. Was würden Sie (nach rechts) dazu sagen, wenn wir von einer erbärmlichen Flottenvorlage irrenchen wollten. (Große Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident v. Köcker: Ich muß den Herrn Redner berichtigeln. Herr v. Köcker hat nicht von einer erbärmlichen Kanaltvorlage, sondern von einem erbärmlichen Kanal gesprochen. (Heiterkeit.)

Udg. Richter (fortfahrend): Gut denn: was würden Sie dazu sagen, wenn wir von einer erbärmlichen Flotte sprechen wollten. (Große Heiterkeit.) Herr v. Köller meinte weiter, wenn das Wort des Landes sich wider die Kanaltvorlage erklären sollte, falls es zu einer Aufhebung käme, so müsse die Regierung sich fügen. Das erkenne ich an. Diese Auffassung steht im wohlthuendem Gegensatz zu der bei der Budgetvorlage, ausgeprochen wurde. Da hieß es, wenn die Volkvertretung eine solche Vorlage wiederholt ablehne, müsse sie durch Staatszwing durchgesetzt werden. (Unruhe rechts.) In keinem

liberalen Blatte ist ... der Regierung gegen die politischen Beamten gelobt worden.

Licht für die Wähler.

Hoffentlich hat das Vorgehen der Regierung aufklärend auf die Wähler gewirkt. Wer die Ansichten der Regierung vertreten muß, kann nicht zugleich die Ansichten seiner Wähler vertreten. Wie mag die Regierung nur dazu gekommen sein, plötzlich und erst vor der dritten Lesung die Landräte antreten zu lassen? Vielleicht liegt da eine der bekannten Möglichkeiten, ein Telegramm vor. (Heiterkeit links.)

Wider Schönfeld, Reddy und Miquel.

Die Rede des Justizministers hatte mehr Worte als Inhalt. Wegen der Unvereinbarkeit des Landratsamtes mit einem Mandat ist nichts einzuwenden. Die Regierung ist mit dieser Auffassung aber nicht mitten im Kampfe hervorgetreten. Der Justizminister hat sich auf den Fall Volkmund-Dollfus berufen. Auf die Konfliktzeit sollte sich aber überhaupt niemand berufen. Nach der Rede Miquels bei der ersten Lesung meinte Graf Kanitz, man wisse nicht, ob der Minister für oder gegen gesprochen habe. Frhr. v. Reddy ist trotz seiner Gegnerschaft befördert worden. Sollte da nicht ein armer Landrat meinen, es sei sein Unrecht, gegen den Kanal zu stimmen. (Heiterkeit.) Die Kritik des Hauses wendet sich nicht bloß gegen Herrn v. d. Meide, sondern gegen alle Minister, die im Amte sind. Alle Vorwände der Konserwativen treffen alle Minister und auch — den Herrn von Miquel! (Stärkliche Heiterkeit, die sich noch steigert als unruhige Herr v. Miquel ums Wort bittet.)

Miquels Schaufelspiel.

Finanzminister v. Miquel: Ich bin in der letzten Lage mit Herrn Richter übereinstimmend. (Heiterkeit.) Er hat vollkommen Recht, wenn er sagt, daß die Verantwortung alle Minister gleich trifft. Auch der Minister, der nicht ganz derselben Ansicht, wie seine Kollegen, trotzdem aber im Amte bleibt, übernimmt damit die Verantwortlichkeit. Herr Richter meint, aus der Maßregelung gehe hervor, daß der Landrat für unwählbar zum Landtage erklärt werden müsse. Gewiß hat ein Beamter das Recht nach seiner Ueberzeugung zu stimmen; ebenso hat aber die Staatsregierung das Recht zu prüfen, ob das Verhalten eines Beamten im Parlament mit der Amtspflicht ... vereinbar ist. Natürlich ist da ein Konflikt möglich, der nicht leicht zu und bei wenig bedeutenden Fällen entnommen werden sollte. Ein Beamter hat ja aber die Möglichkeit, sich der Abstimmung zu enthalten, oder das Amt niederzulegen. (Unruhe.) Die Interpellation muß lediglich auf die rechtliche Seite gestellt werden. Die Verfassungsverletzung ist von fast sämtlichen Mitgliedern als zweifelhaft hingestellt worden. Alle Minister tragen die Verantwortung dafür; in der Anerkennung dieser Thatsache sollte die liberale Presse ebenso gerecht sein, wie die Kreuzzeitung. Das Herausgreifen einzelner Minister halte ich für eine sehr gefährliche Methode auch gegenüber der konstitutionellen Stellung des Landtags.

Eine scharfe Schlussanrede.

Udg. v. Starbörger (freisinn.): Die Verfassung steht über allen einzelnen Gesetzen. Die Maßregel der Regierung ist mit der Verfassung nicht vereinbar. Dieser Ansicht ist ein Teil meiner Freunde. Sie halten einen scharfen Mißbrauch des der Regierung gegebenen Disziplinarrichts für vorliegend. (Beifall.) Wie ein Minister den Amt haben kann, hier auszuprobieren, ... Entwerfer, Beamter, Du stimmst für die Regierung, oder Du legst Dein Amt nieder, das verkehrt ich nicht. Das ist das Beträübendste an der heutigen Debatte. Mögen sich die Parteien über einen Beschluß einigen, der künftigen Vorkommnissen ähnlicher Art einen Nizel vorbehalte.

Die Debatte wird hierauf geschlossen. Die Besprechung der Interpellation ist damit beendigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr: Etat. — Schluß 2¼ Uhr.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Staatssekretär Graf Billow hat noch eine zweite Flottenrede aus Anlaß des Stapellaufs des neuen Schnell dampfers der Hamburg-Amerikanlinie in Stettin gehalten. Er hofft, daß die Verstärkung der See-Streitkräfte auch diesmal die Zustimmung der Volkvertretung finden werde. Graf Billow führte dann aus, daß der Flottengebäude und die Einheitsbewegung ungefähr gleich alt sind, und daß im Grunde der Reichstag und die Flotte Geschwister seien. Der Bruder möge der Schwester weiter helfen zu Wachstum, Stärke und Größe, auf das die Mutter Germania auch weiter an diesen beiden Kindern ihre helle Freude habe. Als Mutter Germania als ihren Erstgeborenen den Reichstag zur Welt brachte, hat niemand daran gedacht, daß eine solche Schwester folgen werde, um einmal im Mißverhältnis des Staatssekretärs zu bleiben, die so über alle Massen lässig werden würde. Gewiß nicht der, auf den Billow sich auch berufen hat, der alte Bismarck. Ihm ist die Idee einer derart überführten Flottenvermehrung nie gekommen, obwohl er doch sonst bemüht war, dem Kapital Diverles zu Liebe zu thun. Wenn eine Flotte, wie sie sich jetzt unerschöpflich als notwendig herausgestellt hat, dem Deutschen Reich unentbehrlich gewesen wäre, so hätte dies dem verzögerten Reichskanzler bei seiner fakturalen Genialität nicht verfallen bleiben können. Volkens war ihm die nervöse Suche nach Sonnenplätzen zuwider. „Deutschland ist naturiert“, sagte er, d. h. es hat ganz mit der geregelten Verdammung lassen zu thun, was es in den Jahren 1864, 66, 70 und 71 genossen hatte. Dabei war ihm doch auch nicht zu Mute, als ob Deutschland auf dem Welttheater nur die Rolle des blöden Statisten spiele. Er meinte, auch ohne 200 Schiffe ein Wörtchen mitreden zu können. —

Im deutschen Flottenverein hat eine Versammlung von 51 Mitgliedern des Vorstandes und der Landesauschüsse, Oberpräsidenten, Gehr. Kommerzienräte und ähnliche kleinere Personen, die Wahl der neuen Mitglieder des Präsidiums bestätigt. Es sind das Professor Dr. Sehning, Admiral Hollmann als Beisitzer und Herr von Becken als Kanzler. Den Geschäftsbericht erstattete Korvettenkapitän Werde. Es folgten die Besprechung von Agitationen des Vereins, die eine lebhaftige Debatte zeitigte, und die Festlegung der neuen Satzungen. Die historische Vereinigung hatte an die Professoren Delbrück, Schmoller, Zehring und Wagner das Geschick gerichtet, in einer öffentlichen Volksversammlung die Frage zu beantworten, ob die breiten Massen des Volkes ein Interesse an einer starken Kriegsklotte hätten, und die Genossen Auer, Bebel, Heine und Schippel ersucht, das Korreferat zu übernehmen. — Darauf antwortete sehr treffend der Vorkämpfer: „Die Sehnsucht, zum Volk herabzufragen, um Statisten für ihre Schaustellungen zu liefern, ist begreiflich. Aber wir bezweifeln, daß unsere Freunde geneigt sein werden, durch ihre Hilfe wirkliche Volk zu den Flotten begeisterten zu führen. Wenn wir zum Volk zu sprechen wünschen, dann ist es auf dem Pflanz.“ Fürs Flottenevangelium ist es weder mit noch ohne Schmoller usw. zu haben. Die glänzende Unparteilichkeit der Flottenpatrioten hat der bekannte flottenfeindliche Oberlieutenant Hoggala von Bieberstein erneut erfahren. Er hat den Berliner Neuesten Nach-

richten eine Entgegnung eingelangt, in der er u. a. darauf hinwies, für die Versendung einer Flottenbrotschiffe von Bismarck ein Dankschreiben erhalten zu haben. Die Annahme dieser Entgegnung wurde verweigert. Was man sich denken konnte, daß der Alte im Sachsenwalde auch solchen Menschen loben konnte, der keine 200 Schiffe will, wie er sie auch nicht wollte.

Eine neue Floßpost aus Kamerun wird gemeldet: Zufolge brasilianischer Meldung des kaiserlichen Gouverneurs von Kamerun ist der Kaufmann Conrau in Bangland von Eingeborenen ermordet worden. Nähere Nachrichten fehlen, doch es ist anzunehmen, daß das traurige Ereignis in Verbindung steht mit den Vorgängen, die im Mio del Rey-Gebiet zum Tode des Leutenants Dweis geführt haben. Die offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung fügt dieser Nachricht hinzu: Conrau war als einer der erfahrensten und befähigsten Kameruner vom kaiserlichen Gouverneur damit betraut worden, der von der Küste abgeschickten Expedition Dweis zu Hilfe zu eilen. Daß es den aufständischen Eingeborenen gelungen war, Lieutenant Dweis noch vor Eintreffen der Hilfs-Expedition Conrau zu töten, ist bekannt. Die neubegründete Handels-Gesellschaft Nordwest-Kamerun hatte erst vor kurzem Conrau unter sehr vorteilhaften Bedingungen für ihre Zwecke engagiert. Daß unsere Landstente in so großer Zahl in den Kolonien ihr Leben lassen müssen, bedauern wir gewiß. Es ist nicht schön, daß Schwarze Weiße morden, aber noch weniger, daß Weiße Schwarze umbringen, wie Arenberg den Cain.

Nachrichten aus dem Auslande.

Da die Tage des französischen Ministeriums Waldeck-Rousseau gezählt zu sein scheinen, hält Herr Leon Bourgeois es für angebracht, sich in empfehlende Erinnerung zu bringen. Bei einer festlichen Zusammenkunft des Ministerrates für republikanische Reformen hielt er eine Rede, in der er die Politik Melmes verurteilte und die Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung zur Verteidigung der Republik hervorhob. Er entwickelte sodann das Programm der radikalen Partei am Vorabend der Senatswahlen, das vor allen Dingen eine Durchsicht der Verfassung im Sinne des allgemeinen Wahlrechts auf breiter Grundlage fordere, betonte die Notwendigkeit, eine Umwidmung der Republik durch Einführung rückschrittlicher Bestandteile in die Regierung zu verhindern, und trat denen entgegen, die sich der Worte „Waterland“ und „Armee“ bedienen, um die Republik zu bekämpfen. Des weiteren verurteilte Bourgeois den Klerikalismus, forderte ein Gesetz gegen die Kongregationen, die ihre Weisungen aus dem Auslande erhalten, und sprach sich gegen den Kollektivismus aus. Das ist in allem Wesentlichen das Programm, mit dem Bourgeois im Oktober 1895 die Regierung übernahm, ergänzt durch einige Gesichtspunkte, die sich aus der seitigeren Entwicklung der inneren Verhältnisse Frankreichs ergeben haben.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Die Buren haben sich nicht abhalten lassen, trotz ihres letzten kleinen Misserfolgs nach nur einem Tag die Beschießung von Ladysmith am Donnerstag früh wieder aufzunehmen. Am Modderfontein hat ein ergebnisloser Artilleriekampf stattgefunden. Sonst liegen keine Nachrichten von kriegerischen Thaten vor. Des General Methuens Gesundheit soll völlig „untergraben“ sein. Unglückliche Führer werden eben leicht „krank“.

Nachrichten aus Magdeburg.

Metallarbeiter-Ausstand in Magdeburg. Am Donnerstag mittag verhandelte die Vertreter der Firma Garrett Smith u. Co. mit dem Arbeiterauschuß und der von den Ausständigen gewählten Kommission über die gestern von uns bekannt gegebenen Forderungen der ausländigen Arbeiter aus der Kesselschmiede. Die bedeutendsten Forderungen der Arbeiter wurden von der Firma direkt abgelehnt oder so beantwortet, daß Angehörige für die Arbeiter hierin nicht gemacht wurden. Auf eine Regulierung der Accordpreise unter Mitwirkung einer von den Arbeitern gewählten Kommission und auf die Aufstellung einer Accord-

preistabelle will die Firma nicht eingehen. Jeder soll einzeln hierüber verhandeln; wenn ihm vom Meister kein Recht nicht gegeben wird, soll er sich an die höhere Instanz wenden. Die Maßregelung soll aufrecht erhalten bleiben; jedoch will man für die Einstellung der in Mittelbeschäftigung gezogenen Person Sorge tragen. Die Entlassung des Meisters Müller soll nicht stattfinden. Man nimmt aber an, daß die Arbeiter Beschwerde über diesen Meister zu führen haben. Vorgebrachte Beschwerden sollen sachlich geprüft und wohlwollend beurteilt werden. Diese Antwort hat die Streitenden nicht befriedigt; sie verlangen in diesen drei Punkten weiteres Entgegenkommen. Die anderen Fragen: Ueberstunden, Bekanntmachungen, Lohnzahlung, Bezahlung von Nacharbeiten an fertiger Accordarbeit und die Verbesserung der Bedürfnis-Anstalt, der Wasch-Vorrichtungen und Beleuchtung sind geregelt und will man dem Wunsche der Arbeiter Rechnung tragen. Auch diese Verhandlung hat eine Beilegung der Differenzen noch nicht ergeben. Die Ausständigen sind sich schlichtig geworden, eine schriftliche Antwort an die Firma gehen zu lassen, des Inhalts, daß eine Beendigung des Ausstandes nur durch eine weitere Bewilligung der Firma erfolgen wird. Ferner will man erklären: „Die Arbeiter sind jederzeit zur weiteren Verhandlung bereit.“ Die Ausständigen sind jetzt gezwungen, in der Reserve zu bleiben. Die Länge des Ausstandes ist nicht abzusehen, was aber nicht die Schuld der Arbeiter ist. Die Unterstützung wird am Sonnabend an die Ausständigen ausgegahlt. Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes erhalten Unterstützung wie folgt: nach 26wöchentlicher Mitgliedschaft Beihilfe pro Woche 14 Mark und pro Kind 1 Mark bis zur Höhe von 19 Mark; Ledige pro Woche 11 Mark. Für die Nichtberechtigten setzt die Ortsverwaltung die Höhe heute fest. Die Mitglieder der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaft, welche sich wacker zeigen, werden von ihrer Organisation unterstützt. Das ist das gute der Organisation. Daher ist auch der gute Geist der Ausständigen zu verstehen. Ihre Haltung ist musterhaft, ruhig und abwartend. Arbeitswillige und Streikbrecher sind nicht vorhanden.

Achtung Zimmerer. Die bei den Dammarbeiten des Baumunternehmens Liebscher in Wuckau (Zilsberg) beschäftigten Zimmerer legen die Arbeit nieder, weil Liebscher bei Wasserarbeiten ausbedingenen 10 Pfennig Zuschlag auf das Zolldienstverhältnis ihrer Kollegen.

Handverbot in den hiesigen Spezialitäten-Theatern. Durch nachsichende polizeiliche Verfügung ist in den Spezialitäten-Theatern das Rauchen plötzlich verboten worden; vgl. Polizeipräsidium.

Magdeburg, 8. Januar 1899.

Infolge ministerieller Entscheidung gilt das für Theater erlassene Rauchverbot der Bezirkspolizeiverordnung vom 11. Oktober 1889 und 6. Mai 1891 auch für die Spezialitäten-Theater. Die als Hauptpolizeibehörde hier zuständige städtische Polizeiverwaltung hat dem Polizeipräsidium mitgeteilt, daß die Voraussetzungen für eine Ausnahme-Bewilligung auf Grund der Bezirks-Polizeiverordnung vom 8. September 1899 (Mag. Anst. S. 452) und die dort ausgesprochenen Einschränkungen hier in Ihrem Spezialitäten-Theater nicht vorhanden sind. Demgemäß werden Sie zur Vermeidung der gesetzlichen Folgen aufgefordert, das Rauchen in dem für Spezialitäten-Vorstellungen benutzten Theaterraum nicht zu dulden und das Zuschauerpublikum durch öffentliche Plakate auf das Rauchverbot hinzuweisen. (Unterschrift unleserlich.)

Ueber die Vorgeschichte dieser Verfügung, die wohl direkt auf eine Anweisung aus dem Ministerium des Innern zurückzuführen ist, erfährt man, daß vor kurzem jenseits des hiesigen Regierungspräsidenten eine Anfrage an die Richter der Spezialitäten-Theater gerichtet wurde, ob die leicht brennbaren Stoffe imprägniert seien. Die Frage wurde verneint und die Folge war das Rauchverbot. Vielleicht können die Richter der Spezialitäten-Theater eine Aufhebung desselben bewirken, wenn sie nunmehr eine Imprägnierung aller leicht brennbaren Stoffe vornehmen. Die städtische Hauptpolizei soll übrigens gegen das Rauchen in den Spezialitäten-Theatern auch unter den jetzigen Umständen keinerlei Bedenken haben. Selbstverständlich herrscht große Enttäuschung über die Maßregel bei den Stammgästen dieser Theater, die nunmehr ihren „Kunstgenuss“ nicht mehr erhöhen können durch den gleichzeitigen Genuß einer guten Cigarette. Wir können uns dieser Enttäuschung aber durchaus nicht anschließen und meinen, wenn wirklich Bedenken gegen das Rauchen in diesen „Auskümmeln“ vorliegen, dann sollte man zur rechten Zeit vorbeugen und nicht warten, bis eine Katastrophe eingetreten ist, umso weniger, als den Besitzern der Spezialitäten-Theater ein Schaden wohl kaum erwachsen dürfte. Die Besucher derselben gehen doch nicht hin um zu rauchen, sondern um zu sehen und zu hören und wer nun einmal die Spezialitäten-Theater als passenden Erholungsort für sich betrachtet, der wird wohl kaum anderen Sinnes werden, wenn er dajelbst nicht mehr rauchen darf. Oder werden diese Leute nunmehr auch auf die Idee kommen: Ja, wenn ich nicht mehr rauchen darf, dann kam ich auch ins Stadttheater gehen!

Im Verein ehemaliger Kameraden des Teinold Heil ein Herr Mittelmeister Wreth einen Vortrag über den Flottenverein und ergabte damit, daß derselbe ganze 10 Mark aus der Vereinskasse demüthigt wurden. So stürmt der Flottenverein von Erfolg zu Erfolg.

Im Stadtbauinspektor wurde durch den Magistrat der bisherige Stadtbauinspektor Berner aus Königsberg gewählt. Der bisherige Stadtbauinspektor ist nach Mülheim am Rhein als Stadtbaurat berufen worden.

Der verlebte Vaterlandsverteidiger. Durch die Liebe zu seinem Mädchen ließ sich ein in Tangermünde auf Urlaub anwesender Soldat hinführen, seinen Urlaub eigenmächtig zu verlängern. Am Sonnabend kam vom Regiment aus Magdeburg die Nachtrage nach dem Verlebten. Zwei Polizeibeamte begaben sich nach der Wohnung, fanden aber die Thür verschlossen. Während nun die Beamten mittels einer Leiter in das Zimmer zu gelangen suchten, hatte sich der Vaterlandsverteidiger ins Bett gelegt und suchte sich mit seiner Halsbinde zu erwürgen. Bewußtlosigkeit war schon eingetreten, aber die Beamten stellten, nachdem die Binde entfernt war, Wiederbelebungsversuche an und brachten den Selbstmordstenden in das Krankenhaus. Vom sofort benachrichtigten Regiment traf der Feldwebel der Kompagnie ein, um den Mann in Gewahrsam zu nehmen.

Ein Opfer seines Verneins wurde der Bremser Franz Stoll, der kurz nach der Abfahrt eines Busses vom Hauptbahnhof Magdeburg vom Wagen gefallen und infolge der erlittenen Verletzungen sofort verstorben ist. Seine Leiche wurde nach der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses gebracht. Der 33jährige Mann hinterläßt eine Frau mit drei Kindern.

Alle die Armen sind im Monat Dezember und Anfang Januar als erste Male 8199 Centner Braunkohlen seitens der städtischen Armenverwaltung verteilt worden, die frei Aufbewahrungsort geliefert wurden. Die zweite Male wird voraussichtlich im letzten Drittel des Monats Januar verteilt werden.

(Weitere Nachrichten in der Beilage.)

Provinz und Umgegend.

Arnstadt. (Streik.) Die Arbeiter, welche mit Erdarbeiten in der Stadt beschäftigt sind, haben die Arbeit niebergelassen. Es haben sich zwar einige „Arbeitswillige“ gefunden, doch scheinen diese der schweren Arbeit nicht gewachsen zu sein, so daß die Nothregung fast gar nicht fortgeschritten. Dadurch bleibt bis auf weiteres die Passage der aufgerissenen Straßen zum Nachtheil des Publikums recht schwierig. Werkthätigergewisse schweigen sich die hiesigen Blätter über diesen Streik vollständig aus.

Garbelegen. (Versuchte Brunnenvergiftung.) Einem hiesigen Eigentümer wurde in voriger Woche ein fremder Hirtenhund in den zugehörigen Brunnen geworfen und ertränkt. Die Thäter haben die in dem Brunnen befindlichen Leitungen losgerissen, um so den Hund unter Wasser zu halten und die Schandthat zu verdecken; dieses ist jedoch mißlungen und fand man den toten Hund am nächsten Morgen an der Oberfläche des Wassers vor.

Naumburg. (Verurteilung einer Brandstifterin.) Die Strafkammer in Naumburg verurtheilt die 19jährige Dienstmagd Anna Henke aus Thalborn bei Querfurt. Sie hatte vor drei Jahren bei ihren damaligen Dienstherrn W. in Querfurt innerhalb einer Woche aus Mache wegen erhaltener Zurechnungen sechsmal Feuer angelegt, wobei eine Scheune, zwei Ställe und das Schlachthaus abgebrannt waren. Ihre Thätigkeit wurde erst jetzt festgestellt und mit 3 Jahren Gefängnis geahndet.

Kleine Chronik.

Im Dorfe Nied bei Frankfurt a. M. kam es Dienstag abend auf der über die Ridda führenden Holzbrücke zwischen dem Nachwächter Kaiser und zwei jungen Leuten zum Streite, wobei Kaiser die beiden in die Ridda warf. Der eine, namens Selott, konnte sich retten, während der Landwirt Bauer von Nied ertrank. Der Nachwächter Kaiser ist verhaftet.

Ein erschütternder Vorfall wird der Boffischen Zeitung aus Münaichschlag im Bezirke Reuhaus (Böhmen) gemeldet. Auf dem Schneewege von der Schule wurden vor einigen Tagen nicht dem Dorfe Münaichschlag dreizehn Schulkinder von einem heftigen Schneesturm überrascht und fanden hierbei den Tod. Die bedauernswerten Kleinen lagen auf einem Schneehaufen zusammengekauert, fest umschlungen. Sie wollten einander offenbar gegenseitig erwärmen, die Mütter rannte ihnen aber das Bewußtsein und sie schliefen ein. Als man sie anfaß, waren sie bereits dem Erstarrtode erlegen.

Eine Gesellschaft salbiger Priester, die in den Kirchen Capais und der Umgebung alle geistlichen Funktionen ausübten und den Klerus wie die Gläubigen aufs Raffinirteste hintergingen, ist längst aufgehoben worden.

Vereine, Versammlungen, Vergütigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Branche der Klempner und Installateure bei Großmann, 41. Klosterstraße 15/16. — Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr: Bezirk Groß-Otterleben im Gasthof zum goldenen Stern in Groß-Otterleben. Abends 7 1/2 Uhr: Bezirk Dessdorf im Lokale der Witwe Mariens in Dessdorf. — Montag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Bezirk Dudan im Thalia-Saal, Vorstehersstraße 14. — **Abend** für Bezirk Sudenburg jeden Sonntagabend in der Herber Bierhalle, Schöningerstraße 24. — Die Bezirksführer und Kassierer werden ersucht, sofort im Bureau vorzukommen. Dringende Sache.

Buchhandlung Volksstimme

Jakobsstrasse No. 49.

Sämtl. gedruckten Schulbücher für Volks- u. Bürgerschulen

sind stets vorrätig.

Schreibutensilien, Hefte, Diarien etc. in bester Qualität ebenfalls vorrätig.

Kaufhaus Sudenburg, Breiteweg 30c.

Mein  Räumungs-Ausverkauf  hat begonnen.

Bitte die ausgestellten Waren zu beachten.

Die Preise sind in allen Abteilungen bis um 40 Prozent herabgesetzt.

Rich. Niemann

Breiteweg 181, Eing. Himmelreichstr. Spezial-Geschäft

ff. Fleisch- und Wurstwaren

nur tadellose prima Waren bei äußersten Konkurrenzpreisen.

so werden sich die Wähler sagen: Was sind überzeugungstreue Männer, die verdienen unser Vertrauen, die wählen wir wieder. (Beifall rechts.) Was haben jene Männer oder gethan? — Sie haben das bewiesen, was die liberale Partei von Johann Jacobi bis Walder, von Walder bis Richter stets als Maßstab festgehalten hat, den Männerstolz vor Königsenthronen! (Beifall.) Und jetzt, wo die konservativen Parteien diesen Männerstolz bewiesen hat, soll sie geschädigt werden! (Beifall rechts.) Und das billigen die liberalen Wähler zum Teil. Da sollten doch die liberalen Wähler befragen und den Redakteuren den Kopf waschen, um ihnen klar zu machen, welcher Unterschied besteht zwischen dem Mammon und den Idealen. (Sehr richtig! rechts.)

Konservativ — Säule des Staats!
So lange der preussische Staat besteht, haben gerade die Konservativen, haben die Offiziere sich stets als die festesten Säulen desselben bewiesen. Sie haben die Siege des großen Königs erfochten, sie haben das Vaterland von dem fremden Eroberer befreit. Sie sind es gewesen, die dem König Wilhelm geholfen haben, die Krone-Neugestaltung durchzuführen. Sie haben sich stets erwiesen als Königsreue bis auf die Knochen! Und eine solche Partei soll sich abschütteln lassen wie ein alter Handschuh, und das um eines elenden Kanals willen? — Wir werden immer in erster Reihe stehen, wenn es gilt den Könige die ihm verbliebenen Rechte zu sichern. Aber wir werden auch weiterhin bei solchen finanziellen Fragen prüfen, ob die geforderten Summen aufgewendet werden dürfen oder nicht.

In der Kanalvorlage unentwegt!
Wir werden deshalb trotz aller Maßregelungen die Kanalfrage von neuem prüfen und sachlich darüber entscheiden. Wir werden uns auch nicht bedenken, sie zum zweiten Male abzulehnen, nicht als Mitglieder und Abgeordnete, sondern gemäß den Interessen des Landes. Die Staatsregierung hat ja das Recht, den Kanal zu fordern, sie hat aber, wenn das Haus ihn wieder ablehnt, keinen andern Weg, um ihren Willen zur Geltung zu bringen, als die Auflösung dieses Hauses. Bei dem großen Widerwillen, der im Lande herrscht, muß sie aber darauf gefaßt sein, daß die Kanalgegner wiedergebört werden, dann muß sie sich dem Willen des Landes fügen. Das ist denn keine Niederlage, sondern ein Sieg! (Beifall.) Jawohl, denn der größte Sieg ist der über sich selbst. (Geneute Beifall.)

Unsel Chlodwig Andrebe.
Reichskanzler Fürst zu Sagenhausen: Die Interpellation betrifft einen Gegenstand, welcher seit dem Schluß der letzten Session der Gegenstand scharfer Angriffe in der Presse gebildet hat. Die Regierung ergreift daher gern die Gelegenheit, um ihre Stellung zu begründen. Davon, daß die Maßnahmen gegen die Beamten wegen ihrer Abstim-mung getroffen seien, kann gar keine Rede sein. (Lachen rechts.) Es handelt sich einfach um eine Maßnahme im Interesse des Dienstes. In der Geltendmachung ihrer Heberzeugung hier im Hause werden die Betroffenen nicht behindert. (Lachen rechts.) Im Interesse der Autorität der Regierung liegt es, daß sich die Regierung auf die politischen Beamten verlassen kann. Das kann nicht der Fall sein bei Beamten, die die Regierung direkt bekämpfen und dadurch die Autorität der Regierung im Lande beeinträchtigen müssen. Deshalb allein ist die Maßregel getroffen worden, und zwar vorbehaltlich der Verwendung der zur Disposition gestellten Beamten in anderen Stellen. Der Regierung ist es gewiß nicht leicht geworden, auch nur vorübergehend auf die Dienste dieser tüchtigen Männer zu verzichten, aber sie war dazu gezwungen im Interesse ihrer eigenen Autorität nicht nur, sondern auch im Interesse des Landes.

Auf Antrag des Abg. Grafen Limburg-Stirum (konf.) tritt das Haus in eine Besprechung der Interpellation ein.

Die Nationalliberalen sachlich einverstanden!

Abg. Dr. Krause-Königsberg (natl.): Wohl alle Parteien sind den Interpellanten für ihr Vorgehen dankbar, auch für die Art der Begründung der Interpellation. Einiges Manktenwert hätte allerdings von der Rede des Herrn v. Köller fortbleiben können. Was hat hier die Kanalvorlage zu thun? Diefelbe ist unzweifelhaft ein Kulturwerk ersten Ranges, und die Konservativen sollten selbst versuchen, ob sie nicht den schönsten Sieg, den über sich selbst erringen und nur für die Zukunft stimmen wollen. (Sehr richtig links.) Was soll ferner die besondere Betonung der Königsreue? — Wir sind hier alle Mann für Mann Königsreue bis auf die Knochen. (Lachender Beifall links.) Die Konservativen haben kein Recht, das für sich allein in Anspruch zu nehmen. (Beifall links.) In der Sache selbst bin ich mit dem Abg. v. Köller einer Meinung. Es handelt sich ohne Zweifel um eine disziplinäre Maßregel, die mit der Abstimmung über die Kanalvorlage im Zusammenhang steht. Darüber, ob das eine Verfassungs-verletzung ist, sind die Auffassungen geteilt, und es dürfte kein Grund vorliegen, Setzungsredaktionen den Kopf zu waschen. Auch in konservativen Organen findet man manchmal Meinungsverschiedenheiten.

Die Maßregelung, ein politischer Fehler.

Aber ich muß vor allem sagen, die Maßregelung der Beamten war ein politischer Fehler. Sie war eine halbe Maßregel und mußte als solche ihr Ziel verfehlen. (Sehr richtig!) Was der Staatsregierung zu dieser Maßnahme geraten hat, das hat ihr einen schlechten Tadel erwiesen. (Sehr richtig links.) Aber damit ist die Frage keineswegs erledigt. Der Volksvertreter muß sich in jedem Augenblick bewußt sein, daß er in seiner Entscheidung frei ist nach oben wie nach unten. Treiben die Abgeordneten unter dem Druck des Bewußtseins, daß die vorgesetzte Behörde in jedem Augenblicke gegen sie vorgehen kann, dann besitzen sie jene Freiheit, nicht dieser Konflikt, der sich da ergibt, ist das Bedenklichste an der Sache. (Sehr richtig links.)

Für den Kanzler auch ein bißchen Zustimmung!

Darin wird man dem Reichskanzler zustimmen müssen, daß die Regierung sich auf ihre politischen Beamten nicht verlassen können. Eine strenge Disziplin muß unter allen Umständen unter den Beamten herrschen. Das wird von allen Parteien anerkannt werden.

Keine Wählbarkeit der Beamten.

Deshalb ist schon häufiger die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht richtiger wäre, die Wählbarkeit der politischen Beamten auszu-schließen. Von liberaler Seite ist davon immer eingewendet worden, man dürfe die Wähler in der Auswahl der Persönlichkeiten nicht be-schränken. Und dazu lag früher ein Anlaß nicht vor. Nach den Er-satzungen der letzten Zeit aber wird kein Mensch auf der Linken nicht sagen, daß die politischen Beamten wählbar sein müssen. Gerade der Einfluß dieser Beamten hat oft gezeigt, daß bei den Wahlen weniger die Freiheit der Wähler, als vielmehr deren Unfreiheit den Ausschlag gegeben hat. (Sehr richtig! links.) Auch im Interesse des Dienstes dürfte es nicht gerade liegen, daß diese wichtigen Beamten monatlich aus ihrem Amte ferngehalten werden. Deshalb bejahe denn auch verschiedene Staatsrechtler die Frage, daß es nach der Verfassung zulässig ist, die Wählbarkeit dieser Beamten auszuschließen. Das dürfte auch im Interesse der Regierung liegen. Aber die Verfassung muß unter allen Umständen heilig gehalten werden. Dafür zu sorgen ist nicht nur Sache des Landtags, sondern auch einer starken Regierung. (Lachender Beifall.)

Der Justizminister vor die Presse.

Justizminister Dr. Schönstedt: Daß die Verfassung heilig ge-halten werden muß, ist auch die Ansicht der Regierung. Diefelbe ist aber auch der Ansicht, daß die von ihr getroffenen Maßnahmen mit der Verfassung nicht im Widerspruch stehen. Auf die neherher beherrschten Fragen, die politischen Fragen oder Kanalvorlage gehe ich nicht ein. Rechtlich suchte Abg. v. Köller eine Verfassungsverletzung insofern zu konstruieren, als das Disziplinargesetz nach der Verfassung erlassen sei. Das ist aber keineswegs der Fall. Jedes Gesetz ist die wirkliche Wiederholung einer Verordnung aus dem Jahre 1849. Gerade die konservativen Parteien hat in früherer Zeit niemals bestritten, daß die Regierung ein Recht habe, auf dem jetzt beschrittenen Wege vorzugehen, wenn es sich um das Interesse des Dienstes handelt. Sie hat deshalb auch jederzeit die Verlesung des Regierungspräsidenten v. Bodum-Dolffs auf Grund jenes Gesetzes gebilligt. (Sehr richtig links.) Die Regierung muß eben in der Lage sein, politische Beamte, die ihr Ber-ztrauen nicht mehr besitzen, durch andere zu ersetzen, auch wenn sie das Vertrauen verlohren haben: durch eine Abstimmung. (Hört! rechts.) Von einer Zurechenbarkeit wegen dieser Abstimmung kann des-halb nicht die Rede sein. Die Maßregel liegt auch im Interesse der politischen Beamten selbst, die in ihrem Wirkungskreise durch das Ber-

trauen der Regierung gestiftet werden müssen. Die Regierung ist sich eben so bewußt, daß sie vollkommen verfassungsgemäß gehandelt habe. —

Redlich' Spruch!

Abg. Frhr. v. Redlich (fr.): Es ist Pflicht des Hauses, alles zu thun, um eine Verlesung der Verfassung zu verhindern. Aber ich glaube, daß die Beamteneinstellungen formell mit der Verfassung in Einklang gebracht werden können. Aber sie sind unklar, politisch un-wirksam und schädlich. Fürst Bismarck hat die Autorität der Re-gierung zu wahren gewußt. Er hat aber nur verlangt, daß die politi-schen Beamten prinzipiell die Politik der Regierung vertreten. Die Kanalvorlage war aber keine solche prinzipielle Frage. Wenn ein Be-amter in einer solchen wirtschaftlichen Frage von der Regierung ab-weicht, so ist er deshalb für sein Amt noch lange nicht ungeeignet. Wenn aber für die Beurteilung der Wichtigkeit einer Frage die subjek-tive Werthschätzung einer bestimmten Stelle maßgebend sein soll, so ist das eine Heberzeugung des monarchischen Gedankens. (Hört! hört! links.) Für die Maßregelung der Landräte müssen noch andere Gründe vorgelegt werden, als die geltend gemachten.

Redlich' Landratsliebe.

Der Landrat erwartet das Vertrauen der Bevölkerung durch Ehrenhaftigkeit und Charakterfestigkeit. Wenn die Regierung jetzt vielleicht den Versuch machen will, bei der Besetzung der Landrats-stellen zuerst auf die Unverlässigkeit der Landräte zu achten, so würde damit der preussische Beamtenskörper aufs schwerste geschädigt werden. (Bravo! rechts.) Die Regierung hat sich ihrer besten Kräfte beraubt und nicht den mindesten Erfolg damit gehabt. Ich habe den Eindruck, daß die Krone nicht immer so beraten wird, wie es der Pflicht der verantwortlichen Minister entspricht. (Sehr richtig!) Die Minister sind sich ihrer Verantwortlichkeit nicht immer genügend be-wußt. (Sehr richtig! rechts.) Wenn am 19. August 1890 Herr von der Rede sich seiner Verantwortlichkeit besser bewußt geworden wäre, so hätte er nicht nur in seinem und des Landes Interesse, sondern auch in dem des Königs, anders handeln müssen, als er gehandelt hat. (Bravo! rechts.)

Rechts Nachfolger.

Minister Frhr. v. Rheinbaben: Der Herr Abgeordnete v. Köller hat gesagt, mein Amtsvorgänger habe am 19. August die Landräte aus dem Hause zu sich zitiert und ihnen vorgehalten; Stimmt für den Kanal, sonst schreiben wir zu den schlimmsten Maßregelungen. Ich habe zu erklären, daß mein Amtsvorgänger mir berichtet hat, daß er eine derartige Aufforderung und Androhung nicht ausgesprochen hat. (Gelächter.)

Auch vom Centrum kein Succurs!

Abg. Frhr. (Centr.): Der Herr Minister hätte sich nicht auf die negative Seite beschränken, sondern positiv sagen sollen, was denn am Morgen des 19. August vorgefallen ist. (Sehr richtig!) Die Wähler müssen selbst entscheiden, ob sie einen Beamten wählen wollen oder nicht. Wir dürfen die Beamten nicht einfach aus den Parla-menten ausschließen. (Sehr richtig im Centrum.) Die Maßregelung der Beamten war gewiß politisch verfehlt und mißbräuchlich. Man hat nichts dadurch erreicht; im Gegenteil, das Ansehen der Ge-mäßigten ist nur gesunken. Die Beamteneinstellungen stehen mit dem Geist der Verfassung in Widerspruch, wenn sie auch formell verteidigt werden kann. Es ist doch zweifellos, daß die Landräte allein wegen ihrer Abstim-mung zur Disposition gestellt worden sind. Das widerspricht den Artikeln 83 und 84 der Verfassung, denn muß der Landtag widersprechen, kann verliert er an Ansehen. (Lachender Beifall.)

Einiges Richtiges vom kranken Heinrich.

Abg. Richter (fr.): Der Minister des Innern hätte am besten, wenn er das Amtsverhältnis über die Unterhaltung am 19. August hätte klären lassen. Die konservative Presse hat den Glauben erwecken wollen, als ob Herr v. Miquel an den Maßregelungen un-beteiligt sei. Ich hoffe, daß er heute hier auftreten und erklären wird, daß er die Verantwortung ebenso zu tragen bereit ist, wie der un-gläubliche Ministerpräsident. (Große Beifall.) Es kann nicht daran gerüttelt werden, daß die Maßregelungen mit dem Geist der Ver-fassung in Widerspruch stehen. Daran ändern keine formellen Aus-legungsfälle etwas. Ich gratuliere den Konservativen dazu, daß sie jetzt das konstitutionelle Prinzip vertreten. (Beifall.) Auch in den achtziger Jahren haben sie das nicht gethan. Herr von Köller hat die liberale Presse geädelt. Der Vorwurf ist unberechtigt: die liberale Presse hat die Maßregelungen stets verurteilt. Sie hat nur verlangt, daß den Landräten nicht gestraft werden dürfe, ihren Einfluß zu Gunsten irgend einer politischen Partei zu mißbrauchen. (Beifall links.) Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß politische Beamte nicht wählbar sein dürfen und wir hoffen, daß die Liberalen aller Schattierungen uns darin bestärken. Nur wenn die Regierung Licht und Schatten gleich verteilt, kann die wahre Meinung des Volkes zum Ausdruck kommen. (Beifall links.)

Ein nochmaliger konservativer Vorstoß.

Abg. Dr. v. Scheidebrand und der Pasa (konf.): Meiner Partei ist vorgekommen worden, sie habe früher über diese Frage anders gedacht als heute. Das ist nicht der Fall. Wir haben es nie ge-billigt, daß Beamte wegen ihrer Abstimmung als Mitglieder des Landtags gemindert werden. (Widerpruch links.) Es ist doch ganz etwas anderes, ob ein Beamter sich zu politischen Agitationen hinreichend läßt, sondern nach bestem Wissen und Gewissen stimmt. Die Zeiten sind heute auch ganz andere als früher und das Privilegium, aus der Bergangzeit nichts zu lernen, überlassen wir den anderen Parteien. (Unruhe.) Die Regierung sollte nicht vergessen, daß sie an den Konservativen jederzeit eine Stütze hat. Die Verfassung gewähr-leistet das Recht der freien Abstimmung. Ob dieses Recht gewahrt bleibt, wenn man wegen seiner Abstimmung seine Stellung verliert, das ist doch höchst zweifelhaft. Wir sind stolz darauf, in unsere Reihen so charaktervolle, pflicht-berühmte und würdevolle Männer zu finden. (Lachender Beifall rechts.) Sie kommt die Regierung dazu, gerade diejenigen Beamten heraus-zugreifen, die in allen drei Lesungen gegen den Kanal gestimmt haben, aber diejenigen davon auszunehmen, die in der dritten Lesung un-gefallen sind. Die Regierung verzieht, daß ihr Disziplinarrecht auch eine Grenze hat, die ihr durch die Verfassung gesetzt ist. Ich würde es für ein großes Unglück halten, wenn Beamte kein Mandat annehmen dürfen, denn es ist ein Segen, im Parlamenten Worte zu haben, die nicht alles vom Parteistandpunkt aus betrachten. Wir sind bereit, die Rechte der königlichen Gewalt bis zum äußersten zu verteidigen, aber die Regierung muß die Grenzen innehalten, die ihr durch die Ver-fassung gezogen sind. (Beifall rechts.)

Abg. v. Jazdzewski (Pole): Die Konservativen haben jetzt vielleicht eher Verständnis für das Gefühl als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Alle Parteien sind einig in der Verurteilung der That der Regierung.

Eugen mit der Geißel.

Abg. Richter (fr. Volksp.): Der Gemüth, die Konservativen... (Lauter rechts! Auf die Tribüne! Glocke des Präsidenten.)

Präsident v. Kröner: Der Herr Redner hat das Recht, vom Platte aus zu sprechen.

Abg. Richter (fortfahrend): Sollten wir immer nur von der Tribüne aus sprechen, so würden wir nur die Geschichte selbst sehr er-schweren. Ich sagte, daß das Vergnügen, die konservativen konsti-tutionell sprechen zu hören, so selten ist, daß man es gar nicht genug auskosten kann. Das war doch früher nicht. (Breiter Beifall.) Herr von Köller sprach von einer erbärmlichen Kanalvorlage. Was würden Sie (nach rechts) dazu sagen, wenn wir von einer erbärmlichen Flotten-vorlage sprechen wollten. (Große Unruhe rechts. Glocke des Präsi-denten.)

Präsident v. Kröner: Ich muß den Herrn Redner beruhigen. Herr v. Köller hat nicht von einer erbärmlichen Kanalvorlage, sondern von einem erbärmlichen Kanal gesprochen. (Beifall.)

Abg. Richter (fortfahrend): Gut denn; was würden Sie dazu sagen, wenn wir von einer erbärmlichen Flotte sprechen wollten. (Große Beifall.) Herr v. Köller meinte weiter, wenn das Wortum des Landes sich wider die Kanalvorlage erklären sollte, falls es zu einer Auflösung käme, so müsse die Regierung sich fügen. Das erkenne ich an. Diese Auffassung steht im wohligen Zusammenhang zu der Auffassung, die von konservativer Seite bei anderer Gelegenheit, z. B. bei der Budgetvorlage, ausgesprochen wurde. Da hieß es, wenn die Volkvertretung eine solche Vorlage wiederholt ablehne, müsse sie durch Staatsrecht durchgesetzt werden. (Unruhe rechts.) In keinem

liberalen Mantel ist... gegen die Regierung gegen die politischen Beamten gelobt worden.

Licht für die Wähler.

Hoffentlich hat das Vorgehen der Regierung aufklärend auf die Wähler gewirkt. Wer die Ansichten der Regierung vertreten muß, kann nicht zugleich die Ansichten seiner Wähler vertreten. Wie mag die Regierung nur dazu gekommen sein, pöblich und erst vor der dritten Lesung die Landräte antreten zu lassen? Vielleicht liegt da eine der bekannsten Pöblichkeiten, ein Telegramm vor. (Beifall links.)

Wider Schönstedt, Redlich und Miquel.

Die Rede des Justizministers hatte mehr Worte als Inhalt. Wegen die Unvereinbarkeit des Landratsamtes mit einem Mandat ist nichts einzusetzen. Die Regierung ist mit dieser Ansicht aber erst mitten im Kampfe hervorgetreten. Der Justizminister hat sich auf den Fall Bodum-Dolffs berufen. Auf die Konfliktzeit sollte sich aber überhaupt niemand berufen. Nach der Rede Miquels bei der ersten Lesung meinte Graf Kanitz, man wisse nicht, ob der Minister für oder gegen gesprochen habe. Frhr. v. Redlich ist trotz seiner Gegnerschaft beider worden. Sollte da nicht ein armer Landrat meinen, es sei kein Unrecht, gegen den Kanal zu stimmen. (Beifall.) Die Kritik des Hauses meinet sich nicht bloß gegen Herrn v. d. M., sondern gegen alle Minister, die im Amte sind. Alle Vorwürfe der Kon-servativen treffen alle Minister und auch — den Herrn von Miquel! (Stimmlose Beifall, die sich noch steigert als murrende Herr v. Miquel uns Wort billet.)

Miquels Schauspiel.

Finanzminister v. Miquel: Ich bin in der seltenen Lage mit Herrn Richter übereinzustimmen. (Beifall.) Er hat vollkommen Recht, wenn er sagt, daß die Verantwortung alle Minister gleich trifft. Auch der Minister, der nicht ganz derselben Ansicht, wie seine Kollegen, trotzdem aber im Amte bleibt, übernimmt damit die Verantwortlichkeit. Herr Richter meint, aus der Maßregelung gehe hervor, daß der Landrat für unwählbar zum Landtage erklärt werden müßte. Gewiß hat ein Beamter das Recht, nach seiner Heberzeugung zu stimmen; ebenso hat aber die Staatsregierung das Recht zu verfügen, ob das Verhalten eines Beamten im Parlament mit der Amtsstellung, wie das vereinbart ist. Natürlich ist da ein Konflikt möglich, der nicht verschoben und bei wenig bedeutenden Fällen entsponnen werden sollte. Der Beamte hat ja aber die Möglichkeit, sich der Abstimmung zu enthalten, oder das Amt niederzulegen. (Unruhe.) Die Interpellation muß lebhaft an die richtige Seite gestellt werden. Die Verfassungsverletzung ist von fast sämtlichen Rednern als zweifelhaft hingestellt worden. Alle Mandat-träger die Verantwortung dafür; in der Anerkennung dieser Thatsache sollte die liberale Presse ebenso gerecht sein, wie die Kreuzzeitung. Das Herausgreifen einzelner Minister halte ich für eine sehr gefährliche Methode auch gegenüber der konstitutionellen Stellung des Landtags.

Eine scharfe Schlussanrede.

Abg. v. Kardorff (freisinn.): Die Verfassung steht über allen einzelnen Gezeiten. Die Maßregel der Regierung ist mit der Verfassung nicht vereinbar. Dieser Ansicht ist ein Teil meiner Freunde. Sie halten einen flagranten Mißbrauch des der Regierung gegebenen Disziplinarrechts für vorliegend. (Beifall.) Wie ein Minister den Mut haben kann, hier auszusprechen: „Entweder, Beamter, Du stimmst für die Regierung, oder Du legst Dein Amt nieder“, das verheißt ich nicht. Das ist das Beträübste an der heutigen Debatte. Mögen sich die Parteien über einen Beschluß einigen, der künftigen Vorkommnissen ähnlicher Art eine Regel vorschreibt.

Die Debatte wird hierauf geschlossen. Die Besprechung der Interpellation ist damit beendet.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr: Stat. — Schluß 2 1/2 Uhr

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Staatssekretär Graf Bülow hat noch eine zweite Flottenrede aus Anlaß des Stapellaufs des neuen Schnell-dampfers der Hamburg-Amerikalinie in Stettin gehalten. Er hofft, daß die Verstärkung der See-Streitkräfte auch diesmal die Zustimmung der Volksvertretung finden werde. Graf Bülow führte dann aus, daß der Flottengedanke und die Einheitsbewegung ungefähr gleich alt sind, und daß im Grunde der Reichstag und die Flotte Geschwister seien. Der Bruder möge der Schwester weiter helfen zu Wachstum, Stärke und Größe, auf das die Mutter Germania auch weiter an diesen beiden Kindern ihre helle Freude habe. Als Mutter Germania als ihren Erstgeborenen den Reichs-tag zur Welt brachte, hat niemand daran gedacht, daß eine solche Schwester folgen werde, um einmal im Neben-des Staatssekretärs zu bleiben, die so über alle Massen läppig werden würde. Gewiß nicht der, auf den Bülow sich auch berufen hat, der alte Bismarck. Ihm ist die Idee einer derart überfüllten Flottenvermehrung nie gekommen, obwohl er doch sonst bemüht war, dem Kapital Diverges zu Liebe zu thun. Wenn eine Flotte, wie sie sich jetzt un-pfänglich als notwendig herausgestellt hat, dem Deutschen Reiche unentbehrlich gewesen wäre, so hätte dies dem ver-schiedenen Reichskanzler bei seiner säkularen Genialität nicht verkehrt bleiben können. Volkends war ihm die werbliche Suche nach Sonnenplätzen zuwider. „Deutschland ist saturiert“, sagte er, d. h. es hat ganz mit der geregelten Verdauung dessen zu thun, was es in den Jahren 1864, 66, 70 und 71 genossen hatte. Dabei war ihm doch auch nicht zu Mute, als ob Deutschland auf dem Welttheater nur die Rolle des blöden Statisten spiele. Er meinte, auch ohne 200 Schiffe ein Wörtchen mitreden zu können. —

Im deutschen Flottenverein hat eine Versammlung

von 51 Mitgliedern des Vorstandes und der Landesaus-schüsse, Oberpräsidenten, Geh. Kommerzräte und ähnliche feinere Personen, die Wahl der neuen Mitglieder des Präsidiums bestätigt. Es sind das Professor Dr. Seyditz, Admiral Hollmann als Beisitzer und Herr von Beaulieu als Kanzler. Den Geschäftsbericht erstattete Korvetten-Kapitän Werde. Es folgten die Besprechung von Agitationsplänen des Vereins, die eine lebhaftige Debatte zeitigte, und die Festlegung der neuen Satzungen. Die historische Vereinigung hatte an die Professoren Debrück, Schmöller, Zehring und Wagner das Ersuchen gerichtet, in einer öffentlichen Volksversammlung die Frage zu beantworten, ob die breiten Massen des Volkes ein Interesse an einer starken Kriegsslotte hätten, und die Genossen Auer, Bebel, Heine und Schippel ersucht, das Korreferat zu übernehmen. — Darauf antwortete sehr treffend der Vorwärts: „Die Sehnsucht, zum Volk herabzusteigen, um Statisten für ihre Schaufstellungen zu fördern, ist begreiflich. Aber wir bezweifeln, daß unsere Freunde geneigt sein werden, durch ihre Hilfe wirkliches Volk zu den Flotten-begeisterten zu führen. Wenn wir zum Volk zu sprechen wünschen, dann ist es auf dem Platte.“ Fürs Flottenange-lium ist es weder mit noch ohne Schmöller usw. zu haben. Die glänzende Unparteilichkeit der Flottenpatrioten hat der bekannte flottenfeindliche Oberlieutenant Rogalla von Bieberstein erneut erfahren. Er hat den Berliner Neuesten Nach-

richten eine Entgegnung eingeliefert, in der er u. a. darauf hinweist, für Ueberwindung einer Flottenblockade von Bismarck ein Vorkriegsbeschluss erhalten zu haben. Die Aufnahme dieser Entgegnung wurde verweigert. Was man sich denken konnte. Daß der Alte im Sachsenwalde auch solchen Menschen loben konnte, der keine 200 Schiffe will, wie er sie auch nicht wollte.

Eine neue Globuspost aus Kamerun wird gemeldet: Zufolge drahllicher Meldung des kaiserlichen Gouverneurs von Kamerun ist der Kaufmann Conrau in Wangland von Eingeborenen ermordet worden. Nähere Nachrichten fehlen, doch es ist anzunehmen, daß das traurige Ereignis in Verbindung stehe mit den Vorgängen, die im Mio del Rey-Gebiet zum Tode des Lieutenant Queis geführt haben. Die offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung sät dieser Nachricht hinzu: Conrau war als einer der erfahrensten und besonnensten Kameruner vom kaiserlichen Gouverneur damit betraut worden, der von der Küste abgezeichneten Expedition Queis zu Hilfe zu eilen. Daß es den aufständischen Eingeborenen gelungen war, Lieutenant Queis noch vor Eintreffen der Hilfs-Expedition Conrau zu töten, ist bekannt. Die neubegründete Handels-Gesellschaft Nordwest-Kamerun hatte erst vor kurzem Conrau unter sehr vorteilhaften Bedingungen für ihre Zwecke engagiert. Daß unsere Landleute in so großer Zahl in den Kolonien ihr Leben lassen müssen, bedauern wir gewiß. Es ist nicht schön, daß Schwarze Weiße mordeten, aber noch weniger, daß Weiße Schwarze umbringen, wie Krenberg den Cain.

Nachrichten aus dem Auslande.

Da die Tage des französischen Ministeriums Waldeck-Rousseau gezählt zu sein scheinen, hält Herr Leon Bourgeois es für angebracht, sich in empfehlende Erinnerung zu bringen. Bei einer förmlichen Zusammenkunft des Ministerrates für republikanische Reformen hielt er eine Rede, in der er die Politik Melles verurteilte und die Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung zur Verteidigung der Republik hervorhob. Er entwickelte sodann das Programm der radikalen Partei am Vorabend der Senatswahlen, das vor allen Dingen eine Durchsicht der Verfassung im Sinne des allgemeinen Wahlrechts auf breiter Grundlage fordere, betonte die Notwendigkeit, eine Umbildung der Republik durch Einführung rückwärtlicher Bestandteile in die Regierung zu verhindern, und trat denen entgegen, die sich der Worte „Vaterland“ und „Armee“ bedienen, um die Republik zu bekämpfen. Des weiteren verurteilte Bourgeois den Merkantilismus, forderte ein Gesetz gegen die Kongregationen, die ihre Weisungen aus dem Auslande erhalten, und sprach sich gegen den Kollektivismus aus. Das ist in allem Wesentlichen das Programm, mit dem Bourgeois im Oktober 1895 die Regierung übernahm, ergänzt durch einige Gesichtspunkte, die sich aus der seitherigen Entwicklung der inneren Verhältnisse Frankreichs ergeben haben.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Die Buren haben sich nicht abhalten lassen, trotz ihres letzten kleinen Misserfolgs nach nur einem Tag die Beschießung von Ladysmith am Donnerstag früh wieder aufzunehmen. Am Wodderfluß hat ein ergebnisloser Artilleriekampf stattgefunden. Sonst liegen keine Nachrichten von kriegerischen Thaten vor. Des General Methuens Gesundheit soll völlig „untergraben“ sein. Unglückliche Führer werden eben leicht „krant“.

Nachrichten aus Magdeburg.

Metallarbeiter-Ausstand in Magdeburg. Am Donnerstag mittag verhandelten die Vertreter der Firma Barrett Smith u. Co. mit dem Arbeiterausschuß und der von den Ausständigen gewählten Kommission über die gestern von uns bekannt gegebenen Forderungen der ausständigen Arbeiter aus der Kesselschmiede. Die bedeutendsten Forderungen der Arbeiter wurden von der Firma direkt abgelehnt oder so beantwortet, daß Zugeständnisse für die Arbeiter hierin nicht gemacht wurden. Auf eine Regulierung der Accordpreise unter Mitwirkung einer von den Arbeitern gewählten Kommission und auf die Aufstellung einer Accord-

preistabelle will die Firma nicht eingehen. Jeder soll einzeln hierüber verhandeln; wenn ihm vom Meister sein Recht nicht gegeben wird, soll er sich an die höhere Instanz wenden. Die Maßregelung soll aufrecht erhalten bleiben; jedoch will man für die Einstellung der in Mitleidenschaft gezogenen Person Sorge tragen. Die Entlassung des Meisters Müller soll nicht stattfinden. Man nimmt aber an, daß die Arbeiter Beschwerde über diesen Meister zu führen haben. Borgebrachte Beschwerden sollen sachlich geprüft und wohlwollend beurteilt werden. Diese Antwort hat die Streikenden nicht befriedigt; sie verlangen in diesen drei Punkten weiteres Entgegenkommen. Die anderen Fragen: Ueberstunden, Bekanntmachungen, Lohnzahlung, Verzögerung von Nacharbeiten an fertiger Recordarbeit und die Verbesserung der Bedürfnis-Anstalt, der Wasch-Vorrichtungen und Beleuchtung sind geregelt und will man dem Wunsche der Arbeiter Rechnung tragen. Auch diese Verhandlung hat eine Beilegung der Differenzen noch nicht ergeben. Die Ausständigen sind sich schlüssig geworden, eine schriftliche Antwort an die Firma gehen zu lassen, des Inhalts, daß eine Beendigung des Ausstandes nur durch eine weitere Bewilligung der Firma erfolgen wird. Ferner will man erklären: „Die Arbeiter sind jederzeit zur weiteren Verhandlung bereit.“ Die Ausständigen sind jetzt gezwungen, in der Reserve zu bleiben. Die Länge des Ausstandes ist nicht abzusehen, was aber nicht die Schuld der Arbeiter ist. Die Unterstützung wird am Sonnabend an die Ausständigen ausgezahlt. Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes erhalten Unterstützung wie folgt: nach 26wöchentlicher Mitgliedschaft Verheiratete pro Woche 14 Mark und pro Kind 11 Mark bis zur Höhe von 19 Mark; Ledige pro Woche 11 Mark. Für die Nichtberechtigten setzt die Ortsverwaltung die Höhe heute fest. Die Mitglieder der Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine, welche sich wacker zeigen, werden von ihrer Organisation unterstützt. Das ist das gute der Organisation. Daher ist auch der gute Geist der Ausständigen zu verstehen. Ihre Haltung ist musterhaft, ruhig und abwartend. Arbeitswillige und Streikbrecher sind nicht vorhanden.

Achtung Zimmerer. Die bei den Nummernarbeiten des Baunnternehmers Liebscher in Budau (Stieberg) beschäftigten Zimmerer legten die Arbeit nieder, weil Liebscher die bei Wasserarbeiten ausbedungenen 10 Pfennig Zuschlag nicht bezahlet will. Die freitenden Zimmerer vertrauen auf das Solidaritätsgefühl ihrer Kollegen.

Nauchverbot in den hiesigen Spezialitäten-Theatern. Durch nachstehende polizeiliche Verfügung ist in den Spezialitäten-Theatern das Rauchen völlig verboten worden: Stgl. Polizeipräsidium.

Magdeburg, 8. Januar 1900. Infolge ministerieller Entscheidung gilt das für Theater erlassene Rauchverbot der Bezirkspolizeiverordnung vom 31. Oktober 1889 und 6. Mai 1891 auch für die Spezialitäten-Theater. Die als Hauptpolizeibehörde hier zuständige städtische Polizeiverwaltung hat dem Polizeipräsidium mitgeteilt, daß die Voraussetzungen für eine Ausnahme-Bewilligung auf Grund der Bezirks-Polizeiverordnung vom 8. September 1899 (Reg.-Anst. S. 452) und die dort aus-gegebenen Einrichtungen hier in Ihrem Spezialitäten-Theater nicht vorhanden sind. Demgemäß werden Sie zur Vermeldung der gesetzlichen Folgen aufgefordert, das Rauchen in dem für Spezialitäten-Vorstellungen benutzten Theaterraum nicht zu dulden und das Zuschauerpublikum durch öffentlich auszuhängende Plakate auf das Rauchverbot hinzuweisen. (Unterschrift unleserlich.)

Ueber die Vorgehensweise dieser Verfügung, die wohl direkt auf eine Anweisung aus dem Ministerium des Innern zurückzuführen ist, erzählt man, daß vor kurzem seitens des hiesigen Regierungspräsidenten eine Anfrage an die Leiter der Spezialitäten-Theater gerichtet wurde, ob die leicht brennbaren Stoffe imprägniert seien. Die Frage wurde verneint und die Folge war das Rauchverbot. Vielleicht können die Besitzer der Spezialitäten-Theater eine Aufhebung desselben bewirken, wenn sie nunmehr eine Imprägnierung aller leicht brennbaren Stoffe vornehmen. Die städtische Hauptpolizei soll übrigens gegen das Rauchen in den Spezialitäten-Theatern auch unter den jetzigen Umständen keinerlei Bedenken haben. Selbstverständlich herrscht große Entrüstung über die Maßregel bei den Stammgästen dieser Theater, die namentlich ihren „Kunstgenuss“ nicht mehr erhöhen können durch den gleichzeitigen Genuß einer guten Cigarette. Wir können uns dieser Entrüstung aber durchaus nicht anschließen und meinen, wenn wirklich Bedenken gegen das Rauchen in diesen „Kunststätten“ vorliegen, dann sollte man zur rechten Zeit vorbeugen und nicht warten, bis eine Katastrophe eingetreten ist, umso weniger, als den Besitzern der Spezialitäten-Theater ein Schaden wohl kaum erwachsen dürfte. Die Besucher derselben gehen doch nicht hin um zu rauchen, sondern um zu sehen und zu hören und wer nun einmal die Spezialitäten-Theater als passenden Erholungsort für sich betrachtet, der wird wohl kaum anderen Sinnes werden, wenn er dajelbst nicht mehr rauchen darf. Oder werden diese Leute nunmehr auch auf die Idee kommen: Na, wenn ich nicht mehr rauchen darf, dann laufe ich auch ins Stadttheater gehen!

Im Verein ehemaliger Kameraden des Traino Heil ein Herr Altmeyer Weith einen Vortrag über den Flottenbau und erzielte damit, daß denselben ganze 10 Mark aus der Vereinskasse bewilligt wurden. So räumt der Flottenverein von Erfolg zu Erfolg.

Zum Stadtbauinspektor wurde durch den Magistrat der bisherige Stadtbauinspektor Werner aus Königberg gewählt. Der bisherige Stadtbauinspektor ist nach Mannheim am Rhein als Stadtbaurat berufen worden.

Der verlebte Vaterlandverteidiger. Durch die Liebe zu seinen Mädchen ließ sich ein in Tangernünde auf Urlaub anwesender Soldat hinreichend, seinen Urlaub eigenmächtig zu verlängern. Am Sonnabend kam vom Regiment aus Magdeburg die Nachfrage nach dem Verlebten. Zwei Polizeibeamte begaben sich nach der Wohnung, fanden aber die Thür verschlossen. Während nun die Beamten mittels einer Leiter in das Zimmer zu gelangen suchten, hatte sich der Vaterlandverteidiger ins Bett gelegt und suchte sich mit seiner Halsbinde zu erdulden. Demüthlosigkeit war schon eingetreten, aber die Beamten stellten, nachdem die Binde entfernt war, Wiederbelebungsversuche an und brachten den Selbstmordkandidaten in das Krankenhaus. Dem sofort benachrichtigten Regiment traf der Feldwebel der Kompanie ein, um den Mann in Empfang zu nehmen.

Ein Opfer seines Verfalls wurde der Bremser Franz Stoll, der kurz nach der Abfahrt eines Zuges vom Hauptbahnhof Magdeburg vom Wagen gefallen und infolge der erlittenen Verletzungen sofort verstorben ist. Seine Leiche wurde nach der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses gebracht. Der 33jährige Mann hinterließ eine Frau mit drei Kindern.

Für die Armen sind im Monat Dezember und Anfang Januar als erste Rate 8188 Centner Braunkohlen seitens der städtischen Armenverwaltung verteilt worden, die frei Aufbewahrungsort geliefert wurden. Die zweite Rate wird voraussichtlich im letzten Drittel des Monats Januar verteilt werden.

(Weitere Nachrichten in der Beilage.)

Provinz und Umgegend.

Kranke. (Streit.) Die Arbeiter, welche mit Erarbeiten in der Stadt beschäftigt sind, haben die Arbeit niedergelegt. Es haben sich zwar einige „Arbeitswillige“ gefunden, doch scheinen diese der schweren Arbeit nicht gewachsen zu sein, so daß die Kohlegewinnung fast gar nicht fortgeschritten. Dadurch bleibt bis auf weiteres die Passage der ausgetrockneten Straßen zum Nachtheil des Publikums recht schwierig. Merkwürdigerweise schweigen sich die hiesigen Blätter über diesen Streit vollständig aus.

Garbelegen. (Versuchte Brunnenervergiftung.) Einem hiesigen Eigentümer wurde in voriger Woche ein fremder Hirtenhund in den zugehörigen Brunnen geworfen und ertränkt. Die Thäter haben die in dem Brunnen befindlichen Leitungen losgerissen, um so den Hund unter Wasser zu halten und die Schandthat zu verdecken; dieses ist jedoch mißlungen und fand man den toten Hund am nächsten Morgen an der Oberfläche des Wassers vor.

Naumburg. (Verurteilung einer Brandstifterin.) Die Strafammer in Naumburg verurteilte die 19jährige Dienstmagd Anna Schöbe aus Thalburg bei Querfurt. Sie hatte vor drei Jahren bei ihrem damaligen Dienstherrn Drehtler in Querfurt innerhalb einer Woche aus Mache wegen erhaltener Inrechnungungen schmachhaft Feuer angelegt, wobei eine Schenke, zwei Ställe und das Schlachthaus abgebrannt waren. Ihre Thäterschaft wurde erst jetzt festgestellt und mit 3 Jahren Gefängnis geahndet.

Kleine Chronik.

Im Dorfe Nied bei Frankfurt a. M. kam es Dienstag abend auf der über die Nidda führenden Holzbrücke zwischen dem Nachtwächter Kaiser und zwei jungen Leuten zum Streit, wobei Kaiser die beiden in die Nidda warf. Der eine, namens Selott, konnte sich retten, während der Landwirt Bauer von Nied ertrank. Der Nachtwächter Kaiser ist verhaftet.

Ein erschütternder Vorfall wird der Vossischen Zeitung aus Münnichslag im Bezirke Neuhaus (Böhmen) gemeldet. Auf dem Heimwege von der Schule wurden vor einigen Tagen nächst dem Dorfe Münnichslag dreizehn Schulknaben von einem heftigen Schneesturm überrascht und fanden hierbei den Tod. Die bedauerenswerten kleinen lagen auf einem Schneehaufen zusammengedrückt, fest umschlungen. Sie wollten einander offenbar gegenseitig erwärmen, die Kälte taubte ihnen aber das Bewußtsein und sie schliefen ein. Als man sie auffand, waren sie bereits dem Errierungsstode erlegen.

Eine Gesellschaft falscher Briefler, die in den Kirchen Neapel und der Umgegend alle geistlichen Funktionen ausübten und den Klerus wie die Gläubigen aufs raffinierteste hintergingen, ist längst aufgehoben worden.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend, den 13. Januar, abend 8 1/2 Uhr: Brauche der Klempner und Installateure bei Großhau. St. Klosterstraße 15/16. — Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr: Bezirk Groß-Ottersleben im Gasthof zum goldenen Stern in Groß-Ottersleben. Abends 7 1/2 Uhr: Bezirk Diesdorf im Lokale der Witwe Märkens in Diesdorf. — Montag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Bezirk Budau im Thalia-Saal, Torwirthstraße 14. — Festabend für Bezirk Sudenburg jeden Sonnabend in der Febrer Bierhalle, Schänkerstraße 28. — Die Bezirksführer und -Stellvertreter werden ersucht, sofort im Bureau vorzukommen. Dringende Sache.

Buchhandlung Volksstimme

Jakobsstrasse No. 49.

Sämtl. gedruckten Schulbücher für Volks- u. Bürgerschulen sind stets vorrätig.

Schreibutensilien, Hefte, Diarien etc. in bester Qualität ebenfalls vorrätig.

Kaufhaus Sudenburg, Breiteweg 30c.
Mein Räumungs-Ausverkauf hat begonnen.
Bitte die ausgestellten Waren zu beachten.
Die Preise sind in allen Abteilungen bis um 40 Prozent herabgesetzt.

Rich. Niemann
Breiteweg 181, Eing. Himmelreichstr.
Spezial-Geschäft
ff. Fleisch- und Würstwaren
nur tadellose prima Waren
bei äußersten Konkurrenzpreisen.

Sudenburg.

Um zu räumen
stelle folgende Waren zu stannend billigen Preisen zum

Ausverkauf!

Kapotten für Damen und Mädchen in Seide und Plüsch, Jagdwesten, Betttücher, Wäsche, eigene Anfertigung, vorgezeichnete Cartons für Kragen, Krawatten und Handschuhe Stück 10 Pfg., eine Partie leinene Steh- und Umlegekragen für Herren à 15 Pfg. in allen Weiten.

S. Levy vorm. S. Gottfeld
Breiteweg Nr. 41. 104

Roeder & Drabandt
Leder-Handlung 103

Magdeburg, Himmelsreichstraße 6/8
und Jakobsstraße 25

erbitten bei Bedarf Ihren werten Besuch.

Cigarren u. Cigaretten

nur beste Qualitäten
in allen Preislagen und eleganten Packungen empfiehlt

C. Fuhrmann, Buchau
Schönebeckerstraße 18.

Bürgerhaus. 112

Zu dem am Sonntag stattfindenden

Familien-Ball

ladet ergebenst ein **A. Hesse.**

Achtung! Farmersleben u. Umg. Achtung!

Sonntag, den 14. Januar, abends 7 Uhr im Lokale der Witwe Lausch zu Farmersleben:

Großer öffentlicher Vortrag

von H. Stöcker = Leipzig über:

Transvaal und die Buren 109

dargestellt durch 90 9 Meter große Lichtbilder.
Eintrittspreis 20 Pfg. Kinder 10 Pfg.
Zahlreichen Besuch nicht entgegen Der Einberufer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband 107

Verwaltung Magdeburg.
Bureau: Tischlerkrugstraße 23, 5. r. vt.

Versammlungen finden statt:

Sonabend, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr
Branche der Klempner und Zinklatten im Lokale des Herrn Grothum, Kleine Klosterstraße 15, 16.

Tages-Ordnung:
1. Unsere Arbeitsverhältnisse.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr
Bezirk Groß-Ottersleben
im Gasthof zum goldenen Stern in Groß-Ottersleben.

Tages-Ordnung:
1. Unsere Arbeitsverhältnisse.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Abends 7 1/2 Uhr
Bezirk Diesdorf im Lokale der Witwe Märtens, Diesdorf.

Montag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr
Bezirk Buchau im Thalia-Saale, Dorotheenstraße 14.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Richard Nisch.
2. Unsere Arbeitsverhältnisse.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

In allen Versammlungen werden Beiträge und Beitrittserklärungen entgegen genommen. Kollegen! Kommt jeder für den Versammlungsbesuch und für die Ausbreitung des Verbandes.

Die Verwaltung.
P. S. Jeden Sonntag für Bezirk Sudenburg zahlend in der Zerkster Bierhalle, Schönauerstraße 23.

Turn-Verein Vorwärts, Sudenburg.

Sonabend, den 13. Januar 1900, abends 8 Uhr
General-Versammlung in Friedrichslust.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Gesamt-Vorstandes. 2. Vorstandswahl. 3. Stellungnahme zum Bezirks- und Kreisratstag. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Theater in Gr.-Ottersleben

im Saale des Herrn Strumpf.
Nur einmalige Aufführung! Nur einmalige Aufführung!
Sonabend, den 13. Januar 1900:

Der Burenkrieg

oder: Kampf für Freiheit und Recht.
Sensationsstück in 5 Akten. — Alles Nähere durch Tageszettel.

Städt. Arbeitsnachweisstelle

unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5
Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150-2155.

Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
Weibliche 10-1 " " 4-7 "

Es werden gesucht:

Männliche Abteilung:
Schmiede, Tischler, Drechslermeister, Ader- und Pferdebesitzer, Lehrlinge für Damfmolkerei, Maler, Tapezierer, Dekorateur, Barbier und Buchbinder.

Weibliche Abteilung:
Stellungsuchende Personen aller Berufe und Stände für häusliche und geschäftliche Arbeiten aller Art.

Hofjäger-Burg. 66

Sonntag:
Tanz.

Ergebenst ladet ein **H. Lorenz.**

Walhalla

Trotz des großartigsten Programms
Keine Preiserhöhung.

Kommen! Sehen!! Staunen!!!

Stadt-Theater.

Sonabend, den 13. Januar 1900:
Nora.

Schauspiel in 3 Akten von Ibsen.
Nora — Irene Triesch vom Stadttheater in Frankfurt a. M. als Gast.

Sonntag, den 14. Januar 1900:
Nachmittags 3 Uhr zu kleinen Preisen:
Der wilde Reutlinger.

Lustspiel in 4 Akten von Gustav v. Moser und Thilo v. Trotha.

Cirkus-

Theater.
Heute Sonabend:
Zum 1. Male

Der Bure zu Pferde.

Nur noch 3 Tage:
Die Wirbelwind-Tänzer

Vorverkauf- und Vorzugsarten gültig
— Kinder die Hälfte. —

Frisch-Schweinefleisch

alle Sorten Wurst, Schinken u. Speck

H. Nothenfelder Margarine

sowie jeden Sonntag und Sonntag:
Warme Knoblauchwurst und Pökelfleisch

E. Glaser, Zimmermannstr.-10.

Wachstuch-Neste

für Küchenschiffe passend, 1 Meter lang, 50 Pfg. pr. Stück.

Wasserdichte Bett-Unterlagen

für Kinder von 20 Pfg., für Erwachsene von 1 Mk. an.

Hugo Nehab

Spezial-Geschäft für Gummiwaren,
Wachstuch und Linoleum
Johannisbergstraße 2
gegenüber den Rathaus-Kolonnaden.

Sammlung Sassenbach Nr. 7.

Die Kunst des Altertums

(Bademeister für Museumsbesucher)
von Johannes Gaulte

Preis 15 Pfg.

ist soeben erschienen und zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme
Jakobsstraße 49.

400 Paar zurückgeschickte Schuhwaren

nehme, so lange der Vorrat reicht, zu halben Preisen ab.

Wilh. Brandt
Ecke Gärtnerstraße.

Masken-Scherz-

Artikel: Nasen, Bärie, Dominos, Pfeifen, Trommeln, Blasen, Ge- wehre, Knarren, Ratschen, Hände, Papphüte, Papiermützen für Damen und Herren usw., größte Auswahl, billigste Preise.

Rud. Brüning, Magd.-Bundau
Schönebeckerstr. 21, schrägüber der Kirche.
Auf eine volle Mark gebe 5% Rabatt in bar.

Beste grüne Bohnen

die 2 Pfund-Dose nur 30 Pfg

empfehlen **L. W. Lüder**
Gr. Markt- u. Stephansbrüchenecke.

Winter-Ueberzieher

aus guten, wollenen Stoffen, vorzüglich sitzend, im Preise von 18-30 Mk.

Winter-Anzüge

in nur modernen, soliden Farben

Loden-Joppen

in unübertroffen großer Auswahl, in den schönsten Farben und Qualitäten

empfehlen **G. Gehse**
Johannisstraße 14
Arbeiter-Garderoben-Fabrik
Spezialität: Engl. Leder-Hosen.

Bei Einkäufen bitten wir unsere
Teuer, ist auf die Volks-
stimme beziehen zu wollen.

Beste Molkerei-Butter

Pfd. 1.20 Mk., Stück 60 Pfg.

gute Landbutter

Pfd. 1 Mk. empfiehlt **E. Naumann**
Alte Neustadt, Weinberg Nr. 59/60
im Hause d. Klempnerstr. 5. Wählberg.

Größtes Hansbrot

à 50 Pfg.

schwarz 6 Pfd., weiß 5 1/2 Pfd. schwer.
Liefert die Bäckerei St. Klosterstr. 17.

Gänse

Gänse zerlegt
Gänsefleisch
Gänseblut
Gänse Rollbrüste usw. täglich

bei **Moritz Weinberg, Himmelsreichstr. 12**

Frische grüne Heringe, Schellfische,
Stinte Jakobsstraße 3.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen
Hauptwache 5 und Schmidstr. 61.
Sonabend: Reisuppe mit Rindfleisch.

Große und Kinder-Volksküchenmarken
sind für Vereine und Herrschaften zur
reellsten Unterstützung für Notleidende von
12-2 Uhr in den Volksküchen: Haupt-
wache 5, Neustadt, Schmidstraße 61
zu haben.

* Zwei gebrauchte Kinderwagen zu ver-
kaufen Neustadtstr. 1a IV.

* 4 räderiger Kinderwagen billig zu ver-
kaufen Bismarckstraße 6 5. pt.

Restauration

3. verpachten mit Wob. (670 Mk. Miete),
pr. Jahr 260 Ton. Bier-Luz. Zur Ueberr.
3300 Mk. erf., Brauerei zahlt 1000 Mk.
zu Offert. u. H. B. 24 a. d. Exp. d. Vt.

Kaufe fortwährend **95**
Kanarienvögel
zu höchsten Preisen.
Weibchen à 50 Pfg.
J. Tischler, Amast. 25.

Dampf-Bade-Anstalt

Große Schiffsr. 4, 1 Et. 13705
Geöffnet v. 8-8 Uhr. Sonntags bis mittags
Pfeferant künstlicher Krantentassen.
Verz. Sprechstunden von 3 1/2-4 1/2 Uhr.

Johann Künstler
Martinsstr. 19
J. Bartholomäus, 2 Treppen.

* Unfallversicherungsfachen werden
bearbeitet Poststraße 22.

Steuersachen.

Landgraf, Rechtskonj., Tischlerkrugstr. 27.

* Dachter u. Feilenlehrling sucht sofort
od. Dst. Franz Engel, Sudg., Br. Weg 61.

* Lehrling, am liebsten v. außerhalb, sucht
Tischl. Schuhmachereifer, Elbstraße Nr. 5.

Ein Bäckerlehrling wird gesucht von
Fr. Meißner, Bäckermstr., Farmersleben. 12

Wohnung (Stube, Kammer und Küche)
i. 53 Thlr. z. 1. April z. verm.
zu erst. bei Baendel, Jakobsstr. 40. 128

Mst. Logis für zwei junge Leute
Heiligegeiststr. 2. *

* Logis m. K. Däneburgerstr. 26, Dinnelber. 124

Ein ausländisches Logis Kaiserstr. 62 i. Keller.

* Frdl. Logis Umfassungstr. 63 v. I. 121

* Frdl. Logis Grünstraße 14a, 2 Treppen.

* Frdl. Log. i. od. 2. S. Lamsdorferweg 21, v. II. 1.

* Herrn Friz Lüdecke zum Wiegenfeste
Wünschen wir das Allerbeste.

Wie sich die „Hamburg-Amerika-Linie“ in immer großartigerer Weise entwickelte, wie der Steitiner „Wulkan“ seine Leistungsfähigkeit mehr und mehr steigerte, so hat während dieser letzten Periode unser Vaterland begonnen wiederzugewinnen, was seit den Tagen der Hanse verloren gegangen war. Seit dem Untergange der Hanse, die zu Grunde ging, weil das alte Reich sie nicht genügend stützte, weil damals der deutsche Kaufmann keine genügende staatliche Unterstützung fand, wandte sich Deutschland von der See ab. Während dreier Jahrhunderte ging es uns wie dem Peter in der Fremde unserer alten Erziehung, dem es vor der Fahrt über das Meer gruselte, uns, die wir einst fremde Länder mit Kolonien besetzt, Barbaren zur Gessung geführt, den Erdball mit unseren Faktoreien überzogen hatten. Erst als die Nation durch unseren großen Kaiser, durch die unsterblichen Veräter unseres großen Kaisers, durch die Opferwilligkeit und Vaterlandsliebe aller Stämme und Schichten des deutschen Volkes ihre staatliche Einheit wieder erlangte, besann sie sich wieder auf das alte Hausentemwort: „Mein Feld ist die Welt“ und betrat sie wieder das Theater der Weltpolitik. Denn unsere gegenwärtige überseeische Politik ist hervorgegangen aus unserem gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwunge, der wiederum die Folge war der Schaffung des Reichs. Als deutsche Arbeit sich ihre Stellung auf dem Weltmarkt erobert hatte, mußte unsere auswärtige Politik der Entfaltung unserer wirtschaftlichen Kräfte folgen. Unsere heutige überseeische Politik und unsere heutige Weltpolitik haben sich aus unserem wirtschaftlichen Wachstum mit Notwendigkeit ergeben. Heute fühlen wir mehr und mehr, daß ein Volk, das sich von der See abdrängen läßt, im Weltgetriebe beiseite steht wie der Statist, der sich im Hintergrunde herumdrückt, während vorn auf der Bühne die großen Rollen agieren. Deutschland, dessen Handel sich während der letzten 4 Jahrzehnte von 2 1/2 Milliarden im Jahre 1860 auf 8 1/2 Milliarden im Jahre 1897 gehoben, das seit 30 Jahren die Tonnage seiner Handelsmarine veranzehnfacht hat, das im Handel, Verkehr und Schifffahrt an die zweite Stelle aufgerückt ist, Deutschland darf weder im wirtschaftlichen noch im politischen Wettbewerbs zurückbleiben. Deutschland, das dem Meere so ungeheure Werte anvertraut hat, welches längst nicht mehr nur Binnenvolk im Herzen Europas, sondern auch Welt handelsmacht im Vordertreffen der Konkurrenz ist, muß auch zur See stark genug sein, um deutschen Frieden, deutsche Ehre und deutsche Wohlfahrt überall wahren zu können. Und wenn wir auf diesem uns vom Schicksal vorgezeichneten Wege Hindernisse zu überwinden und schwierige Stellen zu passieren haben, so wird uns das weder irre machen noch niederbengen. Mutig, stetig und energisch müssen und wollen wir dem Endziele entgegenjähren. Und nun soll dieses schöne Schiff seinen Namen erhalten. Der Name, den dieses Schiff erhalten soll, ist der Name, den auch das erste Schiff der Hamburg-Amerika-Linie getragen hat, jenes kleine Segelschiff, das am 15. Oktober 1848 von Hamburg nach Newyork mit 220 Passagieren in See stach, ist derjenige Name, der von allen irdischen Namen uns der teuerste ist, der höchste und heiligste — der Name Deutschland. Ich taufe Dich auf den Namen „Deutschland“.

Der patriotische Staatsbürger wird wie immer die glänzende Rhetorik, die tiefe Geschäftseinsticht, die im Punkte des Geschicks der alten Hanse zu ganz überraschend neuen, der bisherigen zünftig-gelahrten Geschichtserforschung fremden Ergebnissen kommt — und das zarte Verständnis für die Kapitalinteressen bewundern, die auch in dieser Wilow-Viede sich aufs trefflichste zusammengefunden haben.

Nachrichten aus dem Auslande.
Von der spanischen Regierung wird amtlich bestätigt, daß die Pest in Manila aufgetreten sei.

Kleines Familienleben.
„Ephraims Breite.“ Dieses Stück von Karl Hauptmann, dem Bruder Gerhard Hauptmann's, erzielte bei seiner Erstaufführung im Dresdener Lohtheater einen starken Erfolg. Es ist ein Bauernstück und behandelt die Ehe einer Bauernwider mit dem Sohn einer zigeunerhaften Harzerin. Aus dieser Verbindung des leichtesten Zigeunerblutes mit dem zähflüssigen Bauernblut erwuchs Unheil. Joseph trägt seine junge Frau „Breite“ (hochdeutsch: Brigitte), des alten Ephraim Tochter, mit einer jungen Musikantin. Brigitte erträgt es schweigend, da sie ihren Mann liebt; aber als sie sieht, daß sie Joseph völlig zuwidder geworden ist, häumt sich ihr Stolz auf. Sie nimmt sich nicht, wie sie zuerst beabsichtigt, das Leben, aber Joseph existiert nicht mehr für sie. Sie sucht in der Arbeit Vergessen. —
Ein Erlebnis des Dichters Karl v. Holtei (geb. 24. Januar 1798, gest. 12. Febr. 1880. Versailler zahlreicher Gedichte, Dramen und Romane.) Von einem alten Herrn aus Schlesien, der in seiner Jugend viel in dem Städtchen Dels verlebte hat, wird der Frankfurter Zeitung folgendes hübsche Vorkommnis mitgeteilt: Geht da vor etwa sechzig Jahren ein alter Herr auf der Promenade in Dels spazieren und dem wahrscheinlich an sein Wittageßen, als ihm ein hübscher Knabe von etwa vierzehn Jahren begegnet, dessen Gesicht einen ganz verzeiwelsten Ausdruck hatte und der bitterlich weinte. Der alte Herr mochte wohl in mitleidiger Stimmung sein, denn er rief den Knaben an und befragte ihn um die Ursache seines Kummers. Zuerst wollte der Knabe nicht recht antworten, auf freundliches Zureden sagte er, daß er Lektianer auf dem Gymnasium sei, und daß er das Unglück habe, daß ihn der deutsche Lehrer nicht leiden könne. Deshalb gebe ihm dieser auch stets die aller schlechtesten Noten unter seine Aufsätze, obgleich er sich bei der Abfassung die größte Mühe gebe. So stände unter dem Aufsatz, den er heute wieder bekommen habe, „So schreibt nicht einmal ein Cassaner!“ und nun würde ihm zu Hause ein recht schlechter Empfang zu teil werden. Der alte Herr ließ sich den Aufsatz zeigen, sah ihn durch und sagte dann:
„Habt Ihr schon wieder ein neues Thema?“
Der Knabe bejahte die Frage und nannte auch das Thema.
Darauf sagte der alte Herr: „Nun gut: komme morgen mittag um dieselbe Zeit wieder herbei. Dann werde ich Dir den fertigen Aufsatz geben: Du schreibst ihn wörtlich ab und gibst ihn dann ab. Am nächsten Montag, wenn Ihr die Aufsätze zurückgeholt, werde ich Dich hier erwarten!“
Es verlief alles so, wie es verabredet war, und am Montag mittag überreichte der Knabe, der wiederum Thränen in den Augen hatte, dem alten Herrn das Aufsatzheft. Dieser schlug es auf, sah, daß

Der Sultan gab dem französischen Botschafter in seiner letzten Audienz die formelle Zusicherung, daß die französischen Wünsche wegen der Syrienbahn bestimmt nach Beendigung des Namazans geregelt werden. Die beiden Söhne Mahmuds siedelten nach Paris bzw. London über. —
Im Senate zu Washington brachte Hale einen Beschlusstratrag ein, in welchem das Staatsdepartement um Auskunft darüber gebeten wird, was bezüglich der Beschlagnahme amerikanischer Erzeugnisse durch die Engländer in der Delagoabai geschehen sei und in der ferner erklärt wird, daß das Eigentum unrechtmäßiger Weise festgehalten werde. Senator Platt bekämpfte den zweiten Teil der Resolution. Hale erwiderte, die Resolution betreffe eine Sache von außerordentlicher Wichtigkeit, England müßte benachrichtigt werden über die Stimmung in den Vereinigten Staaten. Nachdem auch noch Lodge gegen die Resolution gesprochen, wird diese zurückgestellt.

Aus der Parteibewegung.
Bei der Wahl der Schulvorsteher in Limmer bei Hannover wurden die beiden Kandidaten, der sozialdemokratische Arbeiter mit 208 gegen 75 Stimmen wiedergewählt. —
Polizeiliches, Gerichtliches usw.
Die Oberfränkische Volkszeitung wurde am Sonnabend konfisziert, weil in einer Notiz über Ordensverleihung eine Beleidigung des Prinzregenten enthalten sein soll. —
Der verantwortliche Redakteur des Volksblattes für Anhalt, Genosse Herrn Günther, wurde von der Strafkammer in Dessau als Berufsuntauglich zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt wegen Beleidigung der Polizeiverwaltung in Köthen. In der ersten Instanz war auf 200 Mark erkannt worden. —
Was in Erfurt alles eine Kollekte ist. Der verantwortliche Redakteur der Erfurter Tribüne, Genosse May in Erfurt, wurde mit einem polizeilichen Strafmandat über 15 Mark beklagt wegen Veranlassung einer nicht genehmigten Kollekte. Die That soll dadurch begangen sein, daß er die regelmäßige Monatsquittung des Hauptkassierers unserer Partei, des Gen. Gerich, von diesem unterzeichnet, veröffentlichte. Auch der Vorsitzende des Gewerkschaftsartikels hat eine Strafe von 15 Mark zubilligt erhalten, weil er einmal über die ihm in der Redaktion übergebene Summe von 5 Mark quittiert hatte, wie ihm seitens des Artikels aufgetragen worden ist. Der Heber der 5 Mark wird bezogen, daß von der Veranlassung einer Kollekte keine Rede sein kann. —

Soziales.
Der gesetzliche Achtstundentag für Bergarbeiter wurde in der Kommission des bayerischen Landtages bei Beratung des neuen Berggesetzes beschlossen. Die acht Stunden verstehen sich einschließlich der Seifahrt. Bei Gefahr im Verzuge oder falls solche Bestimmung in der Arbeitsordnung vorgezogen ist, bei vermehrten Aufträgen, kann die tägliche Arbeitszeit auf zehn Stunden verlängert werden, jedoch nur für höchstens 30 Arbeitsschichten im Jahre. Für heiße und nasse Strecken soll die Bergbehörde entsprechend kürzere Arbeitszeit anordnen. Ob dieser Kommissionsbeschlus Recht wird, ist freilich noch zweifelhaft, denn der Regierungsvorsteher wandte sich entschieden gegen die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit. —
Wie sich die Unternehmer vor dem Gewerbegericht drücken können, hat ein Berliner Unternehmer herausgefunden. Der Vorwärts berichtet über den Fall folgendermaßen: Der Weber N. hatte den Fabrikanten Elsbad wegen eines Lohnanspruchs beim Gewerbegericht verklagt. Herr Elsbad legte dem Gerichtshof ein vom Kläger unterzeichnetes Schriftstück vor worin N. sich verpflichtet, bei allen Streitigkeiten mit Elsbad, die aus dem Arbeits-

verhältnis hervorgehen, nicht das Gewerbegericht anzurufen, sondern sich dem Schiedsrichter Kluge zu unterwerfen. Herr Kluge ist der technische Leiter des Elsbad'schen Werkes. Der Beklagte bestritt wegen Verpflichtung des Klägers die Zuständigkeit des Gewerbegerichts und betonte, daß einen solchen Revers in Zukunft jeder seiner Arbeiter unterschreiben solle. Er wolle nicht so oft auf dem Gewerbegericht liegen. Sonderbarerweise erklärte sich das Gericht aus dem vom Unternehmer geltend gemachten Grundes für unzuständig. Es nahm an, daß der Revers den Kläger binde und daß sich N. an den „Schiedsrichter“ Kluge wenden müsse, damit dieser über den Anspruch an den eigenen Schiedsrichter entscheide. — Die Entscheidung des Gerichts erscheint uns durchaus verfehlt. Der angeführte „Vertrag“, auf den der Kläger sicherlich nur unter dem Druck seiner mitleidigen Lage eingegangen ist, schafft einen Zustand, der bei heutiger Rechtsgefühl Hohn spricht. Der Wertmeister, der technische Leiter, der Angestellte des Beklagten, dessen Maßnahmen, da Elsbad nicht Fachmann ist, ohne Zweifel erst den Streit veranlassen haben oder ihn doch zum mindesten hätte verhindern können und möglicherweise hätte verhindern müssen, derselbe Mann soll den Schiedsrichter spielen, in einer Sache, wo sein „Wrotgeber“ der Beklagte ist. Ein Abkommen, welches so etwas ermöglicht, widerspricht den guten Sitten und ist schon deshalb ungültig. Dann aber ist auch ein Privatvertrag überhaupt nicht in der öffentlichen Recht geschaffene Zuständigkeit des Gewerbegerichts aufzuheben. N. will den Wertmeister des Beklagten für befangen erklären und so versuchen, seine Sache doch noch vor das Gewerbegericht zu bringen. Das Verfahren des Herrn Elsbad ist außerordentlich bezeichnend. Dieser Unternehmer ist so wohlwollend seinen Arbeitern gegenüber, daß sie ihn häufig nach dem Gewerbegericht citieren müssen; das wird ihm un bequem und als „Herr im Hause“ setzt er es durch, daß sich seine Arbeiter einer Art moderner Leibeigenschaft ausliefern. Er entscheidet in eigener Sache, denn sein Wertmeister ist sein Bevollmächtigter. Die Zustände in der Fabrik werden dadurch gekennzeichnet, daß an dem Tage, wo die Sache N. wider E. verhandelt wurde, nicht weniger als drei Termine gegen Elsbad ausstanden. Unbedingt verdient dieser Unternehmer für seine geniale Erfindung ein Ehrendiplom des Verbandes deutscher Scharfmacher. —

Der Vergarbeiterausstand in Währisch-Ostrow. Die Ausstands-Bewegung nimmt an Umfang zu. Am Karolinen- und Salomon-Schacht ruht die Arbeit vollständig, auf drei anderen Schächten wurde die Arbeit nachträglich eingestellt, die Arbeitsentstellung dürfte eine allgemeine werden. Die Forderung auf allen Schächten ist die Achtstundenschicht. Die österreichische Gewerkschaftskommission hat die Genossen Dr. Starpeles und Korinek nach dem Ausstandsgebiet entsendet. —

Weberelend.
Die Notlage der Lausitzer Weber ist so allgemein bekannt, wie der Reichtum der dortigen Fabrikanten. Es wird daher niemand etwas neues gesagt, wenn von niedrigen Löhnen in der Lausitz geschrieben wird. Nun ist aber gegenwärtig eine Zeit besten Geschäftszuges für die Textilindustrie daselbst, alle Fabriken sind mit Aufträgen überhäuft und die Unternehmer erzielen sicher glänzende Gewinne. Von diesen Thatfachen beleuchtet, erscheint das Weberelend in der Lausitz selbst dann äußerst drastisch und entsetzlich, wenn wir es nur durch trockene Zahlen darstellen. In Neugersdorf, einem Orte, wo noch verhältnismäßig die besten Löhne gezahlt werden, ergab eine von den Arbeitern vorgenommene Erhebung folgendes über den Durchschnittslohn der Weber pro Woche:

in 5 Betrieben	6—12 Mk.,
„ 3 „	8—13 „
„ 2 „	7—11 „
„ 1 H. Betrieb	13 „

1900 an zur allgemeinen Einführung zu bringen. Deren Konstruktion besteht in folgendem: Durch Einwurf einer Geldmünze rückt eine Kugel so lange, bis sich jemand im Centralamt meldet. Nach Schluß des Gesprächs ist kein Zeichen nötig, weil die Ausschaltung durch das Anhängen der Ohrmüschel automatisch erfolgt. Einen ganz besonderen Vorteil bietet diese Erfindung außerdem dadurch, daß man im Wege dieser Telephonautomaten auch Telegramme überallhin aufgeben kann. Nach Mitteilung der Depesche giebt der Beamte den Geldbetrag an, den man in eine eigens hierzu bestimmte Dossung wirft. Nach dem Aufsalen der Münzen ertönt ein Signal, wodurch sich der Beamte überzeugen kann, daß der volle und richtige Geldbetrag eingeworfen wurde. Es sind bereits mehr als vierhundert Stellen an öffentlichen Plätzen in Aussicht genommen, wo diese Automaten angebracht werden sollen. Man gedenkt überhaupt auf Wunsch der Hausherren in den Häusern Telephonautomaten anzubringen, um sie den Parteien zur Verfügung zu stellen. So weit sind wir in Deutschland noch lange nicht. —

Ungu vorfichtig! Man schreibt dem Bremer Schulblatt aus Oldenburg: In dem Oldenburger Gefängnis findet sich ein Kindergebiel von Deinhardt: Das Bad. Darin heißt es:
Der Himmel spiegelt sich in der Flut
Und rings die Bäume auch wohlgenut;
Wir tauchen darinnen auf und nieder
Spiellustig die schlanken und weichen Glieder!
Der Ausdruck weiße Glieder ist nun von der Oldenburger Schulbehörde beanstandet worden. Warum? Nun, weil er unklare Gedanken in den Kleinen erwecken könnte. —

Weiteres.
Kühner Vergleiche. „Hast Du unseren neuen Zimmerherrn, den Studenten, schon gesehen? Hat der ein zerknacktes Gesicht — kreuz und quer laufen die Spuren!“ „Zawohl, der reine Kaugierbainhof!“
Erklärung. Morische: Sag, Late, wenn machst m'r e' Liebesheirat? Late: Wenn m'r de Tochter von e' reichen Geschäftsfreund heirat' aus Neigung for se selbst! Morische: Und wenn e' Konventualigkeit? Late: Nu, wenn m'r je nimmt aus Neigung for de Ferma! —
Deutlich. Banker: ... Haben Sie denn auch Vermögen? Banker: Nein — aber ich bin auf dem Punkte, es mir zu erwerben! Banker: Und glauben Sie, daß Ihnen dies gelingen wird? Banker: Das hängt nur von Ihnen ab! —

VB betrug der Lohn	
der Scherer . . .	12—15 Mt.,
„ Hirner . . .	8—15 „
„ Spuler . . .	7—10 „
„ Treiber . . .	7—10 „

Dästerer ist noch das Bild über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Leineweber in der Gegend von Oberwisch und Herrnhut. Hier bestehen geradezu unglückliche, erbärmliche Einkommensverhältnisse, besonders für die Leineweber, welche bestimmte (schmale) Sorten und Qualitäten (starke bis mittlere) zu arbeiten haben. Der ganze Jahresverdienst beläuft sich auf nur — 300 Mark.

Jeder noch so schlecht gestellte Tagelöhner wird sich fragen, wie es möglich sein soll, auch nur eine einzelne erwachsene Person von einem solchen „Einkommen“ genügend zu ernähren. Die Leineweber müssen das nach einem aufgestellten Budget für das Jahr so einrichten: Für Lebensmittel — pro Tag 40 Pfennig!! — jährlich 146 Mark, Obdach, Heizung, Licht 108 Mark, Wäsche 15 Mark, Steuern 2 Mark, sonstige Ausgaben 15 Mark, außerdem noch für Treiber- und Spulohn 66 Mark. Eine derartige „Einrichtung“ nach vorhandenen Mitteln ist gewiß der Gipfel der Bescheidenheit, doch da ist schon viel zu viel ausgegeben, denn die Rechnung ergibt die Summe von 352 Mark — also 52 Mark Defizit. Wie nun das ausgleichen? Es bleibt nur eine Möglichkeit, nämlich die, die Summe für Lebensmittel entsprechend zu kürzen, so daß dafür noch ganze 94 Mark übrig bleiben, also pro Woche noch nicht ganze 2 Mark. Dabei muß aber noch 14—16 Stunden täglich gearbeitet werden. Von einer auch nur einigermaßen entsprechenden Ernährung kann keine Rede sein. Selbst wenn solche Zustände, wie die hier geschilderten, Ausnahmen sein sollten, zeigen sie doch, wie herrlich es bestellt ist in unserer Väter und Vorfahren Zeiten. Die Sozialdemokratie aber, die diesen jämmerlichen Zuständen ein Ende bereiten will, wird gerade in Sachsen unter Anwendung aller Mittel an der Ausübung ihrer Kulturmission gehindert.

Nachrichten aus Magdeburg.

— Für Eltern und Vormünder! Die in der Tarifgemeinschaft vereinigten Deutschen Buchdrucker-Prinzipale und Gehilfen suchen uns auch in diesem Jahre wieder, Eltern und Vormünder darauf aufmerksam zu machen, daß sie bei Aufzucht ihrer Kinder oder Pflegebefohlenen in den Buchdruckerberuf die nötige Vorkehrung bei Wahl der Lehrstätte obwalten lassen sollen. Die Buchdruckerlehrlinge sind in die Angehörigen des Gewerbes nämlich in zwei Kategorien: 1. in tariffreie, welche den deutschen Buchdrucker-(Lohn)tarif anerkannt haben, und 2. in tarifwidrige, welche ihre Gehilfen unter diesem von der Mehrheit der Prinzipale und Gehilfen vereinbarten Tarif entlassen. Der deutsche Buchdrucker ist nach Beschluß der Prinzipale und Gehilfen zum Lohn gesetzlich geworden, und es ist in demselben auch bestimmt, wieviel Lehrlinge zur Zahl der beschäftigten Gehilfen in den einzelnen Druckereien gehalten werden dürfen. Damit wird erreicht, daß der ordnungsgemäßen Zahl von Lehrlingen die nötige Ausbildung zu teil werden kann, und dann ist man berechtigt, durch Verminderung der Lehrlingszahl die im Gewerbe dauernd vorhandenen Arbeitslosen ihrer Beschäftigung wieder zuzuführen. Diejenigen Firmen nun, welche den deutschen Buchdrucker-tarif nicht anerkennen, sind es zumeist, die Lehrlinge in einer Uebergangslehre beschäftigen, dieselben einseitig ausbilden und kurz nach beendeter Lehrzeit ihnen die Wahl einer anderen Lehrstätte einbringlich empfehlen, um wieder einen neuen Lehrling zu machen. Der junge Ausgelernte, für seine Leistungen als Gehilfe nicht genügend vorgebildet, wird nun entweder arbeitslos bleiben, oder aber zu einem Lohn arbeiten müssen, der ihn nicht in den Stand setzt, allen seinen Pflichten als Mensch und Staatsbürger zu entsprechen. Eine spätere Ausbildung ist ihm unmöglich gemacht, weil alle größeren und leistungsfähigeren Firmen tariffrei sind und deshalb solche Gehilfen nicht beschäftigen dürfen. Die eingeleitete Tarifbeschränkung macht strengstens darüber, daß diesem von der Vertretung der deutschen Prinzipale und Gehilfen gefaßten Beschluß auch überall entsprechend wird. Wer also sein Fortkommen als Buchdruckergehilfe finden will, muß von vornherein die richtigen Lehrstätte zugewählt werden; nur in der Lehre hinreichend ausgebildete Gehilfen können den später an sie gestellten Anforderungen genügen, und letztere werden immer größer, je mehr der maschinelle Betrieb sich auch im Buchdrucker-gewerbe eingebürgert. Wenn die Zukunft seines Kindes oder Mundels am Herzen liegt, wird auch ihm, vor Ueberweisung des Kindes in eine Buchdrucker-Lehrstätte Erlaubnisse einzuziehen beim „Tarifamt der Deutschen Buchdrucker“ in Berlin SW., Friedrichstraße 259, welches Auskunft über alle Buchdrucker in Deutschland kostenlos erteilt. Der Einfachheit wegen kann man sich auch an die Tarifkommission der Buchdrucker zu Magdeburg (Adresse: Karl Gehrt, Weidenstraße 5a) wenden, welche über die einzelnen Druckereien genau die günstigste Orientierung giebt.

— Ueber Volksbibliotheken in der Provinz Sachsen wird berichtet: Die Begründung von Volksbibliotheken ist im verflossenen Jahre eifrig gefördert worden. Die Mehrzahl der Vereine, die Bibliotheken begründet haben, steht mit der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ in Sachsen in Verbindung. Auf Anregung und mit Unterstützung der Gesellschaft haben sich im letzten Jahre vorwiegend auf dem Lande und in den kleineren Städten zahlreiche Volks-, Bibliotheks- und Bildungsvereine gebildet. Die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ hat im Jahre 1899 im ganzen Reiche 352 Bibliotheken mit 16 627 Bänden begründet und unterstützt. Auf die Provinz Sachsen entfallen davon 18 Bibliotheken mit 935 Bänden. Die Bibliotheken erfreuen sich größtenteils einer lebhaften Benutzung. Die Gesellschaft für Volksbildung wird deswegen im neuen Jahre ihre Arbeit in der bisherigen Weise fortsetzen. Sie gewährt für jede neu zu begründende Bibliothek 50 (auf dem Lande), bzw. 100 Bände (in der Stadt), wenn die von ihr gestellten Bedingungen erfüllt werden. Wünsche um Bücherzuwendungen sind zu richten an die Kanzlei der Gesellschaft für Volksbildung, Berlin NW., Unter den Eichen 6. Wir können leider nicht die Bedingungen der Gesellschaft für Volksbildung und können daher auch nicht sagen, ob es sich empfiehlt für Volksbibliotheken, sich mit genannter Gesellschaft in Verbindung zu setzen. Unter den Städten, welche im verflossenen Jahre solche Bibliotheken errichteten, befindet sich Magdeburg jedoch nicht. Die hiesige Volksgesellschaft und Bibliothek wird erst in einigen Monaten, voraussichtlich am ersten April, eröffnet werden.

— Eine „ausforschlose“ Sache. Der Eisenbahnbeamte Schönheid in Berlin war am 24. April 1897 dienstlich nach Stendal gefahren und sollte gegen Mittag desselben Tages mit einem Zuge dienstlich nach Berlin zurückkehren. Während der Aufenthaltszeit in Stendal mußte er gewärtig sein, jeden Augenblick zu einem anderen Dienst kommandiert zu werden. Das Mittagsmahl pflegten sich die aus anderen Stationen nach Stendal gekommenen Beamten in einem für sie bestimmten Raume selbst zu bereiten. Am 24. April zum Mittagmahl einzuholen, begab sich S. in das nahe gelegene Dorf Warburg. Um möglichst bald wieder auf dem Bahnhof zu sein, benutzte S. bei seiner Rückkehr den Weg über die Schienengeleise und wurde dabei von einer Lokomotive erfaßt. Die durch den Unfall erlittenen Verletzungen machten den S. dauernd dienstunfähig, so daß seine Pensionierung erfolgen mußte. Nach dem Beamtenaufsorgegesetz stehen dem infolge eines in diesem erlittenen Unfalls dienstunfähig gewordenen Beamten zwei Drittel des Dienstverdienstes als Pension zu. Es entstand nun die Frage: Hat den S. der Unfall im Dienst

betroffen? Die Eisenbahndirektion Magdeburg entschied sich wertmildrigweise dagegen, und der Minister für öffentliche Arbeiten trat dieser Auffassung bei. Der verletzte Beamte streifte im Armenrecht gegen den Eisenbahnbetrieb die Klage auf Festsetzung der höheren Pension an. Das Landgericht zu Magdeburg wies sich der Ansicht der Behörde zu und wies die Klage ab. Das Gesetz des Klägers um Bewilligung des Armenrechts für die zweite Instanz wurde unter dem 23. August 1899 vom Oberlandesgericht zu Rammberg wegen Ausichtslosigkeit der weiteren Rechtsverfolgung verurteilt. Das Landgericht gab der Beschwerde des durch diesen Bescheid niedergeschmetterten S. statt und bewilligte das versagte Armenrecht für die zweite Instanz. Es wurde darauf dem Kläger Justizrat Kämmerer in Rammberg als Oppositionswahl bestellt. Der Verhandlungsstermin in dieser Sache war zum 6. Januar d. J. anberaumt. Nach der nunmehr bei Schlichter eingegangenen Benachrichtigung des Justizrats hat das Oberlandesgericht zu Rammberg den Fall unter Abänderung des ersten Erkenntnisses nach dem Klageantrage verurteilt.

— Die kleinen Zwanzigpfennigstücke. Da mehrfach die irrige Meinung verbreitet ist, die Zwanzigpfennigstücke aus Silber seien außer Kurs gelassen und von den öffentlichen Kassen nicht mehr anzunehmen, macht das Finanzministerium bekannt, daß die Bestimmung in Art. 9 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873, wonach Reichsilbermünzen bis zum Betrage von 20 Mark in Zahlung zu nehmen sind, auch hinsichtlich der silbernen Zwanzigpfennigstücke gegenwärtig noch volle Gültigkeit hat und ebenso die Verwendung sämtlicher Münzfertigungen vom 30. Mai 1899, durch die die Staatskassen ausdrücklich angewiesen worden sind, silberne Zwanzigpfennigstücke nicht nur in Zahlung zu nehmen, sondern auch gegen andere Reichsilbermünzen, Taler oder Neufestmünzen umzutauschen, noch in Kraft steht; ferner, daß nach dem gegenwärtig im Reichstage vorliegenden Entwurf eines Gesetzes betr. Veränderungen im Münzwesen zwar die Ausfertigung der silbernen Zwanzigpfennigstücke für die Zukunft in Aussicht genommen ist, jedoch die vom Bundesrate zu treffende Anordnung der Ausfertigung nicht vor dem 1. Januar 1902 erfolgen soll. Hierzu liegt zur Zeit kein Grund vor, im geschäftlichen Verkehr die Annahme der Zwanzigpfennigstücke zu verweigern.

Gerichtliche Urteile.

Schwurgericht Magdeburg.
In nicht öffentlicher Sitzung wurde verhandelt gegen die verehelichte Schuhmacher bzw. Bremser Bertha Gebhardt geb. Hallmann von hier, geb. am 9. August 1859, wegen wissenschaftlichen Meineides. Die Angeklagte hielt früher sogenannte Schläfer und beschwor am 22. April 1898 vor dem hiesigen Amtsgericht in der Eheverhandlung der Haug'schen Eheleute, angeblich wider besseres Wissen, sie habe im Jahre 1897 mit dem bei ihr wohnenden Schloffer Haug nicht intim verkehrt. Auf Grund der Beweisaufnahme befahl die Geschworenen die Schulfrage mit dem Straf-milderungsgrunde aus § 157 des Str. G. B. Der Gerichtshof erkannte demgemäß auf 6 Monate Gefängnis, worauf 3 Monate der erlittenen Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet wurden.

Landgericht Magdeburg.
Der Arbeiter Wilhelm Siegel, geboren 1876, und der Maler Karl Biemer, geboren 1873 zu Alten, fingen am 19. März 1899 abends im Kochischen Lotale mit zwei Schiffen Streit an. Als diese sich entfernten, wurden sie von ihren Gegnern verfolgt. Siegel verfehlte dem Schiffshaupter Dhwald mit einem Schlüssel mehrere Schläge, so daß er blutüberströmt zusammenbrach. Daß auch Biemer sich an der Schlägerei beteiligt hatte, konnte heute nicht festgestellt werden, weshalb seine Freisprechung erfolgte. Siegel erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung 2 Monate Gefängnis.

Der vielfach bestrafte Arbeiter Friedrich Schulze zu Schönebeck, geboren 1847, lärmt und stänkerte am 15. November 1899 auf der Straße und belästigte die Passanten. Als der Polizeijergeant Schinke ihm dies verwies, beleidigte Schulze ihn öffentlich durch Schimpfreden und leistete bei der Festnahme Widerstand. Den Angeklagten trafen wegen der Uebertretung — Verübung groben Unfugs — 10 Tage Haft, wegen der Vergehens 6 Wochen Gefängnis. Dem Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Der vorbestrafte Tüpfel Wilhelm Gude hier, geboren 1862, war in der Zeit von Mitte März bis Mitte April 1899 Verkäufer bei dem Wurstfabrikanten Mühlmeier und veruntreute von den Erlösen 24 Mark, die er für sich verbrauchte. Der Angeklagte erhielt wegen Untreue im Verein mit Unterschlagung 2 Monate Gefängnis.

Der Rennfahrer Fritz Drebenstedt, genannt Rnuel hier, geboren 1879, beleidigte und schlug in der Nacht zum 26. Oktober 1899 auf der Leipziger Chaussee ohne jede Veranlassung mehrere Personen und wurde deswegen in Anbetracht der Vorstrafen zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Maurer Hermann Koch hier, geboren 1875, stahl einem Stubengenossen seit dem Januar 1899 in fünf Fällen Geldbeträge in Höhe von zusammen 99,70 Mark. In zwei Fällen benutzte der Dieb zur Öffnung des verschlossenen Koffers einen falschen Schlüssel. In einem weiteren Falle versuchte er, dem Schlafgenossen am 22. Oktober morgens das Portemonnaie mit Geld, das dieser unter dem Kopfkissen verwahrt, zu stehlen, wurde aber durch das Erwachen desselben gestört. Der Gerichtshof strafte den Angeklagten mit 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Schutz vor Schulleuten. Der Polizeijergeant Joseph Leporz aus Gleiwitz hatte sich am Donnerstag wegen unbefugter Inhaftnahme und Körperverletzung, begangen in Ausübung des Dienstes, vor der dortigen Strafkammer zu verantworten. Er ist wegen gleicher Vergehen bereits vorbestraft. Am 31. Mai v. J. saßen im Wolschischen Restaurant am Wilhelmplatz die Techniker Pollandt, Dworski und Tischler Pöschel an einem Tisch, an einem anderen der Polizeijergeant Leporz und Straßenaufseher Macha. Beide wurden von Pollandt gehänselt, so daß Leporz schließlich den Pollandt nach seinem Namen fragte. Als er seinen Namen nicht nennen wollte, erklärte ihn Leporz für verhasst und nahm ihn nach der Wache mit, von wo er später vom Polizeinspektor Müller entlassen wurde. In der Verhandlung am Donnerstag

erklärte Pollandt, daß der Streit nicht von ihm veranlaßt worden sei. Leporz habe ihn außerdem nach der Verhaftung gestoßen und auf der Wache und im Polizeigefängnis gemißhandelt, wobei ihm Chemisett, Stragen und Hock zerissen wurden. Im Polizeigefängnis soll Leporz den Pollandt auch geduzt haben. Erst als Pollandt eine Viertelstunde in der Zelle gefesselt hatte, wurde er entlassen, nachdem ihm Frau Gefangeninspizer Waingo seine Kleider notdürftig zusammengewaschen hatte. Der Staatsanwalt gestellte in scharfen Worten das Verhalten des Angeklagten, inmitten einer Bevölkerung, die zu Urzeiten geneigt sei, werde der Polizeibeamte stets den Schutz des Gerichts finden, der Beamte habe sich aber auch danach zu benehmen. Der Staatsanwalt beantragte neun Monate Gefängnis. Das Urteil des Gerichtshofes lautete dem Obersächsischen Land, zufolge auf — 100 Mark Geldstrafe.

Bermischte Nachrichten.

Der fahrlässige Dichter. In einem Berliner Verlage sind vor einiger Zeit unter dem Gesamttitel „Auf Leben und Tod“ zwei Erzählungen des Lehrers Hermann Stehr erschienen. Die zweite der beiden Erzählungen, mit dem Titel „Meike, der Teufel“, entrollt das Lebensbild eines armen, von der Phosphornekrose angepackten schlesischen Arbeiters, der sich im ungestümen Drange nach Reinheit sittlich zu heben sucht, immer aber wieder durch die niederziehenden Gewalten des Lebens in den Schmutz gezogen wird. Er lebt in unerlaubtem Verkehr mit einer Witwe, die, wie er, nach Licht und Reinheit ringt und doch beides nicht findet; tief innerlich aber liebt er die Tochter dieser Frau, und durch unglückselige Verkettung von Umständen wird er zu ihrem Mörder und zum Selbstmörder. Der Dämon aber, der das Leben dieses Armsten vergiftet, wird symbolisch verkörpert durch einen Hund Namens „Meike“, einen schwarzen, häßlichen Hund, borstig und schmächtig, bissig und zudringlich, der von verzweifelter Anhänglichkeit an seinen Herrn, ihn immer wieder zu finden weiß, so oft er ihn auch verjagt. Nun lebt in der Nachbarschaft von Stehr ein Handelsmann, dem Dichter gut bekannt und in der Gegend wohl angesehen. Auch er hat, wie der Held jener Erzählung, allerdings vor Jahrzehnten, als Arbeiter in Ausland gelebt, ist bei der Beschäftigung in einer Bündholzfabrik an Phosphornekrose erkrankt, ist ein Jagdfreund wie der Held der Geschichte, besaß vor langer Zeit einen Hund, den er Meike nannte, und heißt vor allem Marx, wie der Held jener Erzählung. Uebervollende Beurteiler des Buches machten ihn auf all diese Ähnlichkeiten aufmerksam, und er stellte Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung. Die Verhandlung erster Instanz fand vor dem Schöffengericht zu Halbeschwerdt, in der Berufung vor der Strafkammer zu Glatz statt. Der Verteidiger führte aus, man könne wohl verlangen, daß der Dichter sich die Frage vorlege, ob nicht durch seine Charakterisierung sich jemand verletzt fühle, man könne ihn tadeln, wenn er es nicht thue, aber kriminell bestrafen könne man ihn nicht, weil das zum Thatbestand der Beleidigung erforderliche „Bewußtsein“ nicht durch die Feststellung ersetzt werden kann, daß der Dichter es fahrlässiger Weise unterlassen habe, sich den beleidigenden Charakter seiner Schilderung zum Bewußtsein zu bringen. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 50 Mark, Publikationsbefugnis für den Kläger und Unbrauchbarmachung der vorhandenen Exemplare der Erzählung.

Die erste Anwendung der Telegraphie ohne Draht, in großem Maßstabe scheint im Indischen Ozean bevorzustehen. In der indischen Abteilung der Londoner Society of Arts machte Oberst Temple Ende Dezember den jedenfalls erst zu nehmenden Vorschlag, die wertvollen Inselgruppen der Andamanen und Nikobaren durch ein System der Telegraphie ohne Draht mit dem Festlande in Verbindung zu setzen. Das äußerste Nordende der Andamanen ist etwa 165 Kilometer von der Birmanischen Küste und das Südende der Nikobaren fast ebenso weit von der Nordwestspitze Sumatras entfernt. Dieser Abstand dürfte als zu weit für eine Uebertragung elektrischer Wellen erscheinen, aber es ist Gelegenheit zur Anlage von Zwischenstationen gegeben: zwischen den Andamanen und der Birmanischen Küste durch die kleine und große Kokos-Insel und die Preparts-Insel, zwischen der Insel Groß-Nikobar und Sumatra durch einige der letzteren großen Insel vorgelagerte Eilande. Die Entfernung von Madras nach Port Blair auf Süd-Andaman mißt 1600 Kilometer, von Kalkutta 1200, von Rangun 500 Kilom.

Eine außerordentliche Naturumwälzung hat sich nach einer Mitteilung aus Guadaluajara in Mexiko in einer Hacienda im Staate Michoacan in der Nähe des Sees von Chapala vollzogen. Das Gebiet liegt östlich vom Staate Mexiko, der in engerem Sinne an den Michoacan angrenzt. In der Hacienda von Guarache hörte man vor einigen Wochen plötzlich heftige, unterirdische Geräusche und darauf eine sehr starke Detonation, die die ganze Bevölkerung der Gegend in eine furchtbare Aufregung versetzte. Wenige Stunden darauf erfuhr man, daß von einem benachbarten, wegen seiner Schwefelquellen berühmten Hügel eine riesige Rauchsäule aufgestiegen war. Nachdem der erste Augenblick des Schreckens vorübergegangen war, und man sich dem Hügel zu nähern wagte, machte man die Entdeckung, daß sich auf dessen Gipfel ein großer See von schwefelreichem, warmen Wasser gebildet hatte, der einen Umfang von wenigstens einem Kilometer und eine Tiefe von 12 Meter besaß. Es scheint sich danach um einen gewaltigen Ausbruch heißer Quellen gehandelt zu haben, der wahrscheinlich eine Folge von innerirdischen Vorgängen vulkanischer Entstehung gewesen ist.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Am Sonntag, den 7. Januar, tagte in Schalls Restaurant, Fabrikstraße 5/6, die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der Hilfsvereine des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Nachdem der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal 1899 verlesen hatte und demselben Decharge erteilt war, gab der Vorsitzende den Jahresbericht.

Aus denselben entnehmen wir folgendes: Im Jahre 1899 wurden 200 Mitglieder aufgenommen und 122 schieben aus, so daß am Jahresabschluss 351 Mitglieder verblieben. An die Verbandskasse wurden 1498,34 Mark gezahlt, 202,30 Mark wurden dem Streikfonds zugewiesen. An Reiseaufwendungen wurden 61,64 Mark gezahlt. Der Lokalstreifenfonds beträgt 206,86 Mark. Der Vorsitzende ernannte die Kollegen Keffiger zu agitieren. Zum Schluss wurden noch einem verunglückten Kollegen 20 Mark bewilligt.

Am Sonntag, den 7. Januar, fand eine gut besuchte Versammlung der Mitglieder des **Papier-Vereins** für Magdeburg und Umgegend im „Bürgerhaus“ statt, welche sich hauptsächlich mit einer Besprechung über Abschaffung der Accordarbeit bei Papierarbeiten beschäftigte. Nach einer sehr lebhaften Debatte wurde schließlich folgende Resolution angenommen: „Entgegen der vielbetretenen Ansicht der Berufsvereine im Baugewerbe, welche in der Accordarbeit den Faktor erblicken wollen, wodurch Leben und Gesundheit und Solidarität geschädigt werden, spricht sich die Versammlung der Mitglieder des Papiervereins von Magdeburg und Umgegend dahin aus: Dr. Versammlung beehauptet, daß von den Unglücksfällen im Baugewerbe in Magdeburg, welche bei Papierarbeiten, welche im Accord ausgeführt wurden, sei langer Zeit nicht bekannt sind. Sie behauptet ferner, daß die Papierbetriebe die Solidarität der Organisation des Centralverbandes der Maurer gegenüber ihrer Schuldigkeit in ausgiebiger Weise gethan hat und thut und, daß bei Papierarbeiten, trotzdem sie im Accord ausgeführt wurden, Pflichtarbeiten am allerwenigsten vorkommen können und dürfen, daß es ferner ein zweifellos ungerechtes System ist, wenn einer besser bezahlten Arbeitsgruppe der Lohn gekürzt werden soll, ohne einer anderen Arbeitsgruppe eine bessere Erziehung dadurch ermöglichen zu können. Die Versammlung ist der Meinung, daß es vom Gesichtspunkte der Gerechtigkeit praktischer ist, wenn der Verdienst beider Arbeitsgruppen verbessert wird, nur wenn, wie bisher bei Accordarbeiten, schon drei Stunden bei Abschlagszahlungen eine Erhöhung des Lohnes selbstverständlich war und der vereinbarte Zeitraum streng eingehalten wird, keine Schädigung der Integrität der Allgemeinheit vorliegt kann. Deshalb beschließt die Versammlung, für Abschaffung der Accordarbeit erst dann energisch eintreten zu können, wenn es der bestehenden Lohnkommission ermöglicht wird, für die Folgezeit den Lohn ermitteln zu können, welcher in den letzten zwei Jahren bei Accordarbeiten verdient ist.“ Nach Annahme dieser Resolution ließen sich von den anwesenden Gästen neun Papier als Mitglieder aufnehmen.

Sonntag, 13. Januar.

- Verein der Töpfer und Berufsangehörigen. Versammlung am 8 Uhr.
- Verband der Sattler und Tapezierer. Mitglieder-Versammlung am 8 Uhr, in der „Bürgerhalle“, Fischerstraße 28.
- Verband der Konditoren. Mitglieder-Versammlung am 8 1/2 Uhr bei Seide, Schrodorferstr. 17/18.
- Centralverband der Schneide, Filiale Magdeburg. Am 8 1/2 Uhr Versammlung bei Grothum, St. Klosterstr. 15/16.
- Verein zur Wahrung der Interessen der Hausierer und Gewerbetreibenden zu Magdeburg und Umgegend. Jahreshilfliche General-Versammlung am 8 Uhr in der „Bürgerhalle“, Knochenhaueruferstraße 27/28.
- Central-Frankenkasse der Buchbinder. Jeden Sonntagabend im „Neustädter Hof“, Jatostraße.
- Deutscher Holzarbeiter-Verband, Filiale Neustadt. Versammlung am 8 Uhr bei: Schall, Fabrikstraße 5-6.
- Verband städtischer Arbeiter, Filiale I. Am 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokal des Herrn G. Winter, Roggenstraße.
- Arbeiter-Turnverein „Angola“. General-Versammlung im Gesellschaftshaus „Zur Krone“, Moldenstraße. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.
- Central-Frankenkasse und Sterbekasse der Deutschen Wagenbauer. Filiale Neustadt. Zahlabend bei der ersten, Schmidtstraße 58.
- Neue Neustädter Arbeiter-Vereinigung. Generalversammlung am 8 Uhr im Weissen Hirsch, St. Sael.
- Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. Filiale Neue Neustadt. Am 8 Uhr Zahlabend im „Weissen Hirsch“, Friedrichstraße 2.
- Deutscher Holzarbeiter-Verband, Filiale Budau. Versammlung am 8 1/2 Uhr bei Westhof (Thalia), Dorotheenstraße 14.
- Verein eine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Sudenburg. Jeden Sonntagabend von 8-10 Uhr im Restaurant „Deutscher Hof“, Mühlenstr. 16, Zahlabend.
- Turnverein „Vorwärts“ Sudenburg. General-Versammlung am 8 Uhr in Friedrichsplatz, Leipzigerstraße.
- Männer-Turnverein Lomsdorf. Jeden Mittwoch und Sonntag am 8 Uhr, Turnstunde im „Weissen Hirsch“.
- Central-Frankenkasse und Sterbekasse der Deutschen Wagenbauer. Filiale Fernersterleben. Versammlung am 8 Uhr im „Goldenen Engel“.
- Männer-Turnverein Westerbäsen. Jeden Mittwoch und Sonntag am 8 Uhr, Turnstunde im „Weissen Hirsch“.

Arbeiter-Turnverein Hohendobeleben. Jeden Mittwoch und Sonntag am 8 Uhr Turnstunde bei Sirius.

Hohendobelebener Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Sonntag am 8 Uhr Turnstunde bei Sirius.

Vereinsverein „Freundesbund“. Dientstadt. Jeden Sonntag am 8 Uhr Turnstunde bei Sirius. Gefangene Freunde sind willkommen.

Barleben. Verband der Maurer. Jeden Sonntag am 8 Uhr Turnstunde bei Sirius.

Neuhaldensleben. Turnverein Jahn. Jeden Mittwoch und Sonntag am 8 Uhr, Turnstunde im Dianabad.

Sonntag, 14. Januar:

- Unterstützungsverein der Kupferschmiede Deutschlands, Filiale Magdeburg. Nachmittags 3 Uhr Versammlung bei Grothum, St. Klosterstr.
- Dienstag, 16. Januar:**
- Naturheilverein Budau. Am 8 1/2 Uhr Versammlung im Vereinslokale.

Wasserstände.

+ bedeutet über - unter Null

Ort	10. Jan.	11. Jan.	12. Jan.
Straußfurt	+ 1.10	+ 1.05	0.05
Trotha	+ 2.16	+ 2.12	0.04
Meleben	+ 1.98	+ 2.02	-
Merburg	+ 1.87	+ 1.82	0.25
Calbe, Oberpegel	+ 1.70	+ 1.68	0.02
do. Unterpegel	+ 1.28	+ 1.20	0.08
Muthe			
Tessau	+ 0.89	+ 0.80	0.09
Muldebrude			

Mer, Cger, Mosbau.			
Zungelanzlan	9. Jan.	+ 0.24	10. Jan. + 0.20
Laun		+ 0.50	+ 0.43
Budweis		+ 0.18	+ 0.10
Brag		+ 0.76	+ 0.72
Elbe.			
Varduhig	9. Jan.	-	10. Jan. -
Braundeis		+ 0.04	+ 0.85
Melmit		+ 1.12	+ 0.68
Veitmeritz		+ 0.74	+ 0.85
Nußig	10.	- 0.40	- 0.38
Dresden		+ 1.58	+ 2.30
Lorgau		+ 2.20	+ 2.33
Wittenberg		+ 1.63	+ 1.67
Köthen		+ 2.00	+ 2.10
Barbu		+ 1.79	+ 1.90
Schneeberg	11.	+ 1.68	+ 1.75
Tangermünde	10.	+ 2.45	+ 2.38
Wittenberge		+ 3.39	+ 3.41
Obnitz, Vogel		+ 2.48	+ 2.52
Lauenburg		+ 1.28	+ 1.38
Havel.			
Brodenburg	9. Jan.	+ 2.20	10. Jan. + 2.22
Oberpegel		+ 1.56	+ 1.55
do. Unterpegel		-	-
Oder.			
Köfel	9. Jan.	+ 2.18	10. Jan. + 1.97
Brigg, Oberpegel		+ 5.86	+ 5.54
do. Unterpegel		+ 4.48	+ 3.48
Breslau, Oberpegel		+ 5.52	+ 5.70
do. Unterpegel		+ 0.76	+ 1.08

3. Ziehung der 1. Klasse 202. Kgl. Preuss. Lotterie.

(Som. d. 11. Januar 1900.) Nur die Gewinne über 60 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigesetzt. (Ohne Gewähr.)

11. Januar 1900, vormittags.

47 114 309 12 457 792 91 1040 149 53 311 490 582 672 91 02 2121 512
59 770 809 48 63 92 3143 312 28 787 824 955 95 4212 663 89 812 5125
86 248 89 352 498 72 995 13 56 0007 21 68 86 114 288 95 801 23 7142
631 33 60 780 654 61 8125 201 428 83 522 27 49 50 0076 191 298 397 482
510 621 841 42
10012 85 140 404 11 32 58 89 548 11106 211 330 43 578 (100) 837
41 920 12534 18064 214 28 (150) 675 99 748 96 866 976 14255 515
686 978 12525 80 314 18086 97 663 940 17095 155 83 210 522 722
18058 95 463 710 28 19244 337 52 485 76 678 95 817 15001 919
20032 180 209 (100) 87 378 548 655 61 911 92 21058 117 76 683
942 22039 164 259 459 538 657 894 951 21071 358 59 80 474 504
758 840 99 24392 558 874 25558 28038 38 63 651 90 (100) 702 858
980 27322 549 86 953 28111 287 395 647 786 840 20001 264 502 7
689 828 99
30075 89 113 24 93 250 309 480 945 31059 296 328 44 90 477 82120
212 462 683 86 748 898 38055 94 630 798 84242 548 985 35086 137 240
488 734 30567 205 42 81 91 417 92 939 80 34745 558 65 638 38226 46
62 631 30474 85 559 641
10151 389 560 86 643 848 41113 363 531 741 12159 297 381 90
879 (100) 925 74 43310 407 675 (200) 14347 668 739 893 45153 200
333 622 40205 549 (300) 692 799 958 87 42174 314 55 624 634 51 48123
65 84 242 91 438 648 840 962 40057 481 932
50026 49 102 87 224 92 554 83 965 51102 82 289 507 15 (200) 92
682 734 880 52034 178 407 583 653 747 844 978 58210 466 579 789 97
983 54277 436 48 763 55108 24 25 218 353 487 514 98 50007 146 237
306 (100) 487 580 944 98 57150 241 710 850 64 994 58166 280 802 734
876 962 68 50181 91 281 417 554 87 769
60205 419 80 648 01065 317 19 48 598 02389 (100) 50 50 501 62
(100) 617 98 823 03091 321 41 682 767 847 (150) 04097 288 390 670 (100)
711 981 05148 89 257 74 477 680 732 77 806 94 06109 312 24 402 731
849 923 07218 (100) 336 501 678 789 985 09012 16 57 181 436 646
(100) 744 09488 581 020 877 941 05
70129 419 44 685 769 977 71019 121 218 430 685 72435 594 053
73164 (100) 223 47 493 816 941 71 74833 75487 628 935 56 76565 819
68 77026 95 182 276 312 606 829 983 78197 276 304 452 550 682
812 40 992 70184 363 435 68 556 746 897
80059 160 76 294 305 51 612 78 875 84261 556 57 88 683 735 66
800 82127 305 555 69 85 656 85 980 88597 640 783 961 84012 41 171
90 96 528 785 924 85106 89 227 87 80 499 581 616 799 817 912 (150)
14 60104 136 99 215 16 453 638 614 90 982 87036 63 85 160 572 738
48 89 88111 84 242 357 67 492 501 36 652 607 80200 585 649 807
81 57 947
90226 97 863 891 98 91053 369 74 781 92070 188 273 500 72 648 61
832 93105 280 98 487 523 611 (150) 56 717 41 916 65 94106 75 231 448
649 53 837 95196 293 425 517 648 89 824 88 936 92 90005 452 538
97038 217 84 303 425 524 708 19 44 902 9 17 98003 13 176 99057 377
508 652
100292 424 539 654 751 934 101006 101 84 355 459 538 37 65
320 44 102096 127 226 308 38 61 511 730 841 976 103059 173 425 54
545 657 82 821 31 86 104042 53 71 82 402 43 67 816 105119 298
351 422 544 614 19 (100) 82 767 81 98 811 100110 417 653 817 107036
196 308 420 64 563 848 65 105010 207 (100) 8 955 65 109033 99 153
783 817 43 922 30

Empfehle meinen Vorrat selbstgefertigter
Böttcherewaren.
Bestellungen und Reparaturen werden schnell
und billig ausgeführt. **Willy Jansen,**
Böttcherei, Gr.-Diercksleben, Breitenstraße 7.

Gänsefleisch-Verkauf.
Wochenmarkt. 54
Stand: Gegenüber der Fischhand-
lung des Herrn Weisse.
Moritz Weinberg.

Staudesant.

Magdeburg, 10. Januar.

Aufgebote: Arbeiter Wilh. Knoche mit Anna Kuhne. Tischler Max Holze mit Helene Sabrowski hier. Schlachter Max Arthur Herm. Ulrich in Lichtenberg mit Helene Elise Kridau in Friedrichsfelde. Arbeiter Gustav Heinze mit Franziska Laaf in Fernersterleben. Hilfsknecht Max Paul Köhler in Budau mit Emilie Anna Köhler in Kleinhermsdorf. Schuhmann Friedrich August Hermann Moris hier mit Elise Lucie Emma Gerhold in Fernburg. Bäcker Max Rommel in Neustadt mit Gerhildine Baßler hier.

Cheflichebung: Schmied Johannes Eizledt mit Selma Müller hier.
Geburten: Ernst, S. des Bahnbau. August Säubach, Wilh., S. des Schneid. Volk Schulze, Karl, S. des Technikers Hugo Hildebrandt.
Todesfälle: Marie geb. Kolopp, Ww. des Arb. Friedrich Fischer, 75 J. 4 T. Karl, unehel., 1 M. 10 T. Wilhelm Jaedel, Rentner, 76 J. 10 M. 21 T.

Am 11. Januar.

Aufgebote: Arbeiter Wilh. Knoche mit Anna Kuhne. Tischler Max Holze mit Helene Sabrowski hier. Schlachter Max Arthur Herm. Ulrich in Lichtenberg mit Helene Elise Kridau in Friedrichsfelde. Arbeiter Gustav Heinze mit Franziska Laaf in Fernersterleben. Hilfsknecht Max Paul Köhler in Budau mit Emilie Anna Köhler in Kleinhermsdorf. Schuhmann Friedrich August Hermann Moris hier mit Elise Lucie Emma Gerhold in Fernburg. Bäcker Max Rommel in Neustadt mit Gerhildine Baßler hier.

Cheflichebung: Buchhalter Otto Jantede mit Elisabeth Ludwig hier. Prototypist Otto Pader mit Frieda Förges hier.
Geburten: Albert, S. d. Eisenbahnarbeiters Albert Nagel. Elise, T. des Kaufmanns Albert Carns. Helene, T. des Arbeiters Christian Günther. Silvia, T. des Kaufmanns Hermann Banje. Frieda, T. des Schuhmachermeisters Ferd. Rübiger.

Sudenburg, im Januar 1900.

P. P.

Um mit unserm noch grossen Lager in **Jagdwesten, Walkjacken, Trikotagen, Stoffkragen, Pelzbaretts, Muffen, Kapotten, Handschuhen, Strümpfen** zu räumen, haben wir uns entschlossen, trotz der auffallend billigen Preise auf sämtliche angeführten Artikel

10 Prozent

zu gewähren, welche an der Kasse sofort in Abzug gebracht werden.

Gebrüder Zweig

Sudenburg, Breiteweg 118a,

Grich, S. des Arbeiters Friedrich Wochter, Demke, 11 J. 7 M. 11 T. Gustav, unehelich, 10 M. 29 T. Louis Böder, penf. Walter, S. des Fleischer Richard Wochler, Eisen-Schaffner, 43 J. 10 M. 22 T. Bruno, S. des Tischlers Hugo Courad. Karl, S. des Arbeiters Karl Feuerstad. Alton, S. des Kellers Karl Eidold.
Todesfälle: Emilie geb. Bode, Ehefrau des Wehnhelmers Eduard Friedrich, 61 J. 9 M. 7 T. Auguste geb. Malachowicz, Witwe des Verj.-Znsp. Wilh. Straede, 67 J. 7 T. Albert, unehelich, 7 J. 7 M. 26 T. Clara, T. des Gärtners Paul Berkmann, 59 J. 6 M. 15 T.

Bom 11. Januar.
Aufgebote: Maurer Albert August Schmitt mit Emma Schneider hier. Arb. Herm. Otto Gustav Brauer hier mit Emilie Elisabeth Stiemmer in Biere.
Geburten: Margarete, T. des Arbeiters Karl Hagen.
Todesfälle: Wilhelm, S. des Arb. Karl Louis Wagner, 1 M. 24 T. Walter, S. des Tapezierers Paul Franz, 2 J. 29 T. Paul unehelich, 4 M. 17 T. Ida, T.

des Arb. Rud. Meßel, 1 M. 2 T. Anna T. des Arb. Rud. Meßel, 1 M. 3 T.

Budau, 11. Januar.

Aufgebote: Gasanst.-Znsp. August Wilhelm Thiele in Rauten mit Martha Wotter hier. Arb. Alb. Ed. Wilh. Schreiber mit Witwe Schumann, Luise Auguste geb. Michaelis hier. Schlosser Otto Fendt mit Minna Auguste Theresie Müller.
Geburten: Elise, unehelich. Emil, S. des Formers Emil Diet.
Bom 11. Januar.
Aufgebote: Schlosser Friedr. Reinh. Höfcher mit Helene Anna Bettge hier. Geburten: Richard, S. des Hilfsknechters Gust. Japf. Heinrich, S. des Arb. Richard Spillner. Julius, S. des Schlossers Julius Klees.
Todesfälle: Florentine geb. Friedrich, Ehefrau des Eisen-Betriebssekret. Morris Herrmann, 58 J. 8 M. 27 T. Johannes, S. des Malters Friedrich Schimpf, 9 M. 8 T.

Neustadt, 10. Januar.

Aufgebote: Buchbind. Karl Ludwig Gutzeit mit Gertrud Elisabeth Rosa Reichhardt.
Todesfälle: Eisen-Sekretär Karl Göniger, 47 J. 9 M. 6 T. (gestorb. am 3. d. M.). Alfred, S. des Maurers Adolf Mühlner, 5 J. 4 M. 27 T.
Totgeburt: Ein Sohn des Arbeiters Friedrich Reitner.

Bom 11. Januar.

Aufgebote: Schuhmachermeister Friedr. Christ Lüttge in Salbte mit Johanna Elfriede Marie Minna Schröder.
Geburten: Walter Hermann Otto, unehelich. Emmy, T. des Malters Otto Bromann. Elisabeth, T. des Postboten Fritz Böves. Meta, T. des Arb. Wilh. Hecker. Helene, T. des Schlossers Wilh. Wehrend. Hedwig, T. des Feuerwehrr. Otto Brüggen. Ewald, S. des Heizers Wilhelm Schwarzkopf.
Todesfälle: Ernst, S. des Tischlers Theodor Reumann, 1 M. 7 T.